

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	<i>I Mitteilungen</i>	
	Rat	
2001/C 71/01	Übersicht über die vom Rat vorgenommenen Ernennungen (Februar 2001) (Sozialbereich)	1
	Kommission	
2001/C 71/02	Euro-Wechselkurs	3
2001/C 71/03	Vorausschätzungsprogramm Stahl für das Jahr 2001 ⁽¹⁾	4
2001/C 71/04	Bekanntmachung gemäß § 12 Absatz 2 des Telekommunikationsgesetzes von 1984 — Änderungsvorschläge zur Lizenz für öffentliche Telekommunikationsbetreiber für die British Telecommunications plc	15
2001/C 71/05	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden ⁽¹⁾	16
2001/C 71/06	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden	17
2001/C 71/07	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden ⁽¹⁾	19
2001/C 71/08	Dritte Änderung der Mittelfristigen Leitlinien für das FTE-Programm Stahl der EGKS-Forschungs-, Pilot- und Demonstrationsvorhaben (1996—2002)	22
2001/C 71/09	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.2345 — Deutsche BP/Erdölchemie) ⁽¹⁾	22
2001/C 71/10	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.2240 — CVC/Masco-tech) ⁽¹⁾	23

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2001/C 71/11	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.2339 — Conforama Holding SA/Salzam Mercatone Holding) — Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall ⁽¹⁾	24
2001/C 71/12	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.2283 — Schneider/Legrand) ⁽¹⁾	25
2001/C 71/13	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.2227 — Goldman Sachs/Messer Griesheim) ⁽¹⁾	26
2001/C 71/14	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.2348 — Outokumpu/Norzink) ⁽¹⁾	27
2001/C 71/15	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.2101 — General Mills/Pillsbury/Diageo) ⁽¹⁾	28
2001/C 71/16	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.1874 — Lafarge/Blue Circle) ⁽¹⁾	28

I

(Mitteilungen)

RAT

Übersicht über die vom Rat vorgenommenen Ernennungen

(Februar 2001) (Sozialbereich)

(2001/C 71/01)

Ausschuss	Ende des Mandats	Veröffentlichung im Abl.	Nachfolge von	Ausgeschieden wegen	Mitglied/Stellvertreter	Gruppe	Land	Ernannte Person	Funktion	Beschluss des Rates vom
Beratender Ausschuss der EGKS	23.7.2002	C 352 vom 8.12.2000	Herr K. KATARA	Rücktritt	Mitglied	Verbraucher und Händler	Finnland	Herr L. MÄKI	Association of Finnish Technical Traders	12.2.2001
Beratender Ausschuss für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	16.12.2001	C 4 vom 7.1.2000	Herr J. F. DE ALBUQUERQUE FERNANDES	Rücktritt	Mitglied	Arbeitnehmer	Portugal	Herr A. MARTINHO GONÇALVES	União Geral dos Trabalhadores	12.2.2001
Beratender Ausschuss für die Berufsausbildung	4.6.2002	C 165 vom 15.6.2000	Frau H. WEIDMANN	Rücktritt	Mitglied	Arbeitnehmer	Deutschland	Herr K. DIEKMANN	DIHT	12.2.2001
Beratender Ausschuss für die Berufsausbildung	4.6.2002	C 165 vom 15.6.2000	Frau O. GAUPER	Rücktritt	Mitglied	Arbeitnehmer	Österreich	Herr A. PRISCHL	Österreichischer Gewerkschaftsbund	12.2.2001
Beratender Ausschuss für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer	27.2.2002	C 69 vom 10.3.2000	Herr H. MARTINS COELHO	Rücktritt	Mitglied	Arbeitnehmer	Portugal	Herr J. M. VALE ALVES PEREIRA	União Geral dos Trabalhadores	12.2.2001
Beratender Ausschuss für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer	27.2.2002	C 69 vom 10.3.2000	Herr E. GUERRA DE OLIVEIRA	Rücktritt	Stellvertreter	Arbeitnehmer	Portugal	Herr A. MARTINHO GONÇALVES	União Geral dos Trabalhadores	12.2.2001
Beratender Ausschuss für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz	17.12.2003	C 1 vom 4.1.2001	Frau B. STECK	Rücktritt	Stellvertreter	Regierung	Deutschland	Frau K. KÖPPEN	—	12.2.2001
Verwaltungsrat des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop)	16.12.2002	C 4 vom 7.1.2000	Frau M. BEYER PAULSEN	Rücktritt	Mitglied	Regierung	Dänemark	Herr S.-E. POVELSEN	Uddannelsesstyrelsen	12.2.2001

Ausschuss	Ende des Mandats	Veröffentlichung im ABl.	Nachfolge von	Ausgeschieden wegen	Mitglied/Stellvertreter	Gruppe	Land	Ernannte Person	Funktion	Beschluss des Rates vom
Verwaltungsrat der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	18.10.2001	C 336 vom 4.11.1998	Frau L. ADLER	Rücktritt	Mitglied	Regierung	Dänemark	Herr P. NEDERGAARD	Arbejdsministeriet	12.2.2001
Verwaltungsrat der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	18.10.2001	C 336 vom 4.11.1998	Herr T. MØLSTED JØRGENSEN	Rücktritt	Stellvertreter	Regierung	Dänemark	Frau C. GEDE	Arbejdsministeriet	12.2.2001
Verwaltungsrat der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	18.10.2001	C 336 vom 4.11.1998	Frau M. FOYER	Rücktritt	Stellvertreter	Regierung	Schweden	Frau G. MALMBORG	Socialdepartementet	12.2.2001
Verwaltungsrat der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz	21.3.2002	C 97 vom 9.4.1999	Herr R. MARTÍNEZ DE LA GÁNDARA	Rücktritt	Stellvertreter	Regierung	Spanien	Herr A. L. SÁNCHEZ IGLESIAS	Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales	12.2.2001

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

2. März 2001

(2001/C 71/02)

1 Euro	=	7,4656	Dänische Kronen
	=	9,041	Schwedische Kronen
	=	0,6356	Pfund Sterling
	=	0,9363	US-Dollar
	=	1,4488	Kanadische Dollar
	=	111,55	Yen
	=	1,5379	Schweizer Franken
	=	8,2195	Norwegische Kronen
	=	80,03	Isländische Kronen ⁽²⁾
	=	1,7745	Australische Dollar
	=	2,1453	Neuseeland-Dollar
	=	7,2633	Rand ⁽²⁾

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

⁽²⁾ Quelle: Kommission.

VORAUSSCHÄTZUNGSPROGRAMM STAHL FÜR DAS JAHR 2001

(2001/C 71/03)

(Text von Bedeutung für den EWR)**EINLEITUNG**

Die Wirtschaft der Gemeinschaft, die seit Mitte 1999 in eine Periode stärkeren und nachhaltigeren Wachstums eingetreten ist, wird nach der hervorragenden Zuwachsrates des BIP im Jahre 2000 voraussichtlich auch 2001 einen positiven Trend verzeichnen, obwohl mit einem etwas niedrigeren Wachstum gerechnet wird.

Das Vertrauensklima in den Wirtschafts- und Verbraucherkreisen, das im ersten Halbjahr 2000 seinen Höhepunkt erreichte, bleibt trotz der leichten Verschlechterung nach dem drastischen Anstieg der Mineralölpreise im Sommer 2000 weiterhin sehr gut.

Die Konjunkturaussichten der Union für das Jahr 2001 sind also äußerst zufriedenstellend und lassen auf eine erneute Verbesserung der Industrietätigkeit hoffen, getragen von einem stabilen innergemeinschaftlichen Verbrauch und einem immer noch günstigen internationalen Umfeld. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Wachstumsrate der US-Wirtschaft nicht unter ca. 2 % sinkt.

Bei den Stahl verbrauchenden Branchen, die 2000 hervorragende Ergebnisse verzeichneten, ist auch für 2001 eine lebhafte Konjunktur mit einer Stabilisierung des Verbrauchs auf dem Rekordniveau des Vorjahres zu erwarten.

Auf dem gemeinschaftlichen Stahlmarkt werden Nachfrage und Preise nach einer durch den Abbau von Lagerbeständen bedingten vorübergehenden Abschwächung wieder ansteigen, insbesondere in Anbetracht der erwarteten rückläufigen Einfuhren und der weiterhin positiven Tendenz der Ausfuhren.

Die gemeinschaftliche Stahlindustrie dürfte somit in den Genuss besserer Marktbedingungen gelangen und gute wirtschaftliche und finanzielle Ergebnisse erzielen. Sie muss sich jedoch darum bemühen, ihre Marktposition auszubauen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verstärken, um künftige Konjunkturunbrüche besser bewältigen zu können.

1. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Dank der Stabilität der internen Wirtschaftsfaktoren und der wachsenden weltweiten Nachfrage ist die Wirtschaftslage in der Europäischen Union so gut wie seit zehn Jahren nicht mehr.

Das Wachstum der industriellen Produktion in der EU erreichte im Mai 2000 einen Spitzenwert von 7,3 %, dürfte sich danach aber bei einem jährlichen Wert von 4 bis 5 % einpendeln. Das Vertrauen der Verbraucher ließ Umfragen zufolge im September leicht nach, dieser Trend setzte sich im Oktober aber nicht fort. So bleibt das allgemeine Vertrauen in die Wirtschaft zwar weiterhin groß, es scheint aber, dass das Wachstum in der Union im zweiten Halbjahr 2000 seinen Gipfel erreicht hat und sich nun wieder verlangsamt, nicht zuletzt infolge der gestiegenen Mineralölpreise.

In ihren Herbstvorausschätzungen rechnete die Europäische Kommission mit einem BIP-Wachstum in der EU von 3,4 % im Jahr 2000, dem höchsten Wert seit 1989. Dieses Wachstum beruht auf einer stabilen, durch langfristig stabile Zinssätze geförderten Binnennachfrage und auf einem weltweiten Wachstum, das gute Exportleistungen ermöglichte.

Wenn auch das allgemeine Wirtschaftswachstum sich zu verlangsamen scheint und für 2001 mit einer Rate von 3,1 % gerechnet wird, sind die Aussichten weiterhin sehr gut. Der private Verbrauch wird voraussichtlich 2,8 % erreichen, das Wachstum der Investitionen wird leicht zurückgehen, von 6,6 % im Jahr 2000 auf 6,3 % im Jahr 2001, und die Bauinvestitionen werden um 3,5 % zunehmen.

Im Jahr 2000 dürften in der Union ca. 2,6 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden sein, entsprechend einer Neuschaffungsrate von 1,6 %. Das ist das beste Ergebnis seit 1990. Diese Dynamik dürfte, abgesehen von einem leichten Rückgang, im Jahr 2001 andauern. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich von 8,4 % im Jahr 2000 auf 7,8 % im Jahr 2001 sinken.

Stieg der harmonisierte Verbraucherpreisindex 1999 in der Euro-Zone um gerade 1,1 %, so wird für 2000 ein Anstieg um 2,3 % erwartet. Diese erneute Beschleunigung der Inflation wird verursacht durch die starke Verteuerung der Importe infolge gestiegener Mineralölpreise und die Schwäche des Euro. Die eigentliche Inflation fällt dagegen sehr viel bescheidener aus. Sie wird sich im kommenden Jahr voraussichtlich bei 2,2 % stabilisieren.

Die Haushaltssalden in der Union haben sich deutlich gebessert. Wurde 1999 ein Defizit von 0,7 % des BIP verzeichnet, so ergibt sich für 2000 ein Überschuss von 1,2 %. Hauptgrund dafür sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Mobilfunklizenzen (UMTS). Im kommenden Jahr dürfte der Haushaltsüberschuss auf nicht mehr als 0,2 % sinken. Die guten Ergebnisse der Jahre 2000 und 2001 sind aber auch darauf zurückzuführen, dass die Steuereinnahmen höher ausfielen als erwartet. Verschiedene Mitgliedstaaten senkten deshalb sogar die Steuern.

2. LAGE UND AUSSICHTEN DES STAHLMARKTES**2.1. Die Rohstahlproduktion der Europäischen Union**

1999 stieg die Stahlproduktion der Gemeinschaft dank der Erholung im letzten Quartal auf 155 Mio. t und konnte so den Rückgang gegenüber dem 1998 erzielten absoluten Produktionsrekord auf nur 2,9 % begrenzen.

Seit Anfang 2000 zeigen die monatlichen statistischen Erhebungen eine merkliche Steigerung des Produktionsvolumens, ausgenommen im Vereinigten Königreich. Für die ersten sechs Monate wurde eine Zunahme um insgesamt etwa 8 % gegenüber dem entsprechenden Halbjahr 1999 verzeichnet.

Im Laufe des dritten und vierten Quartals verlangsamte sich die Tendenz jedoch erheblich; in den ersten elf Monaten des Jahres 2000 stieg die Gesamtstahlproduktion der Gemeinschaft gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 1999 nur um 5,4 %.

Auf Ebene der wichtigsten Mitgliedstaaten zeigen diese Statistiken für den genannten Zeitraum einen starken Anstieg der Stahlproduktion in Deutschland (+ 12 %), gute Ergebnisse in Italien (+ 7,5 %), Frankreich (+ 5,5 %) und Spanien (+ 7,5 %), jedoch einen Rückgang um 8,5 % im Vereinigten Königreich.

Da keine Anzeichen für eine Trendwende bei den wichtigsten stahlverarbeitenden Branchen zu erkennen sind, mit Ausnahme einer voraussichtlichen Stabilisierung im Baugewerbe und einem leichten Rückgang bei der Automobilindustrie, dürfte die Stahlnachfrage in den kommenden Monaten weiterhin lebhaft sein und so ein gutes Produktionsniveau gewährleisten.

Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass die Notwendigkeit einer Anpassung der derzeit sehr hohen Lagerbestände bei allen Gliedern der Wirtschaftskette zu einer Verlangsamung der Auftragsakquisition und dadurch zu einem schrittweisen Rückgang der Stahlproduktion führen wird, die aber zumindest kurzfristig immer noch sehr zufriedenstellende Werte erreichen dürfte.

Es wird damit gerechnet, dass die Gesamtstahlproduktion der Union für das Jahr 2000 die in der letzten Vorausschätzung⁽¹⁾ angekündigten 159 Mio. t überschreiten wird und sogar den Rekordwert von 163 Mio. t erreichen könnte, was gegenüber 1999 eine Steigerung von 5,2 % bedeuten würde.

Das in den Wirtschaftskreisen der EU herrschende Vertrauensklima, das aufgrund der guten wirtschaftlichen Aussichten und des günstigen internationalen Umfelds ausgezeichnet ist, lässt darauf schließen, dass 2001 keine bemerkenswerten Entwicklungen beim Stahlverbrauch zu verzeichnen sein werden.

Trotz rückläufiger Einfuhren und sogar einer zeitweilig schwächeren Nachfrage, teilweise bedingt durch den Abbau von Lagerbeständen, wird die Stahlproduktion der Gemeinschaft 2001 voraussichtlich etwa 162 Mio. t betragen. Ein solches Volumen, das nur 0,6 % unter der für das Jahr 2000 geschätzten Rekordproduktion läge, würde die ausgezeichnete Kapazitätsauslastung des letzten Jahres auch weiterhin garantieren.

Diese günstigen Prognosen dürfen jedoch nicht vergessen lassen, dass jederzeit die Gefahr einer unvorhersehbaren Trendumkehr besteht, die, wie es die neueste Vergangenheit zeigt, aufgrund besonders störender Begleiterscheinungen sogar unverhältnismäßig schlimme Folgen haben könnte. Es wird nämlich weiterhin befürchtet, dass die Konjunktur in den USA nachlässt und die internationalen Handelsströme sich wegen protektionistischer Maßnahmen der USA neu orientieren.

Die Stahlindustrie der Gemeinschaft muss also trotz ihrer hervorragenden Wettbewerbsfähigkeit sehr wachsam bleiben, um schnell auf die kleinsten Veränderungen reagieren zu können, die sich direkt oder indirekt auf dem Stahlmarkt der Gemeinschaft zeigen, und so eventuelle negative Auswirkungen in Grenzen zu halten.

Die Tabelle in Anhang 1 „Rohstahlangebot und -nachfrage“ zeigt die Zahlen und den Trend für Verbrauch, Außenhandel, Lagerbestände und Produktion der Europäischen Union für die letzten Jahre und enthält die Vorausschätzungen für das Jahr 2001.

(¹) ABl. C 27 vom 29.1.2000.

2.2. Aussichten für das Jahr 2001

Die Verbesserung des internationalen Umfelds verlieh der wirtschaftlichen Entwicklung der Europäischen Union ab dem zweiten Halbjahr 1999 neuen Aufschwung, was zu einer erheblichen Beschleunigung des Wachstums des BIP der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2000 führte.

Zu dieser positiven Entwicklung kam es zweifellos deshalb, weil die Verbesserung der allgemeinen Konjunkturlage die Verbraucher optimistisch stimmte und die Erzeuger in der EU wieder Vertrauen fassen ließ, ausgenommen die britischen, die wegen des hohen Wechselkurses ihrer Währung weniger wettbewerbsfähig sind.

Einige interne und externe Faktoren beeinträchtigten nach dem Sommer 2000 die bis dahin ausgezeichnete Wirtschaftslage der Gemeinschaft und führten zu einem leichten Produktionsrückgang in der verarbeitenden Industrie, einem zeitweiligen Stillstand bei den Investitionen und folglich zu einem Konjunkturrückgang, der zum Jahresende allgemein zu beobachten war.

Die jüngsten Befragungen zur Konjunktur bei Wirtschaftskreisen und Verbrauchern, die sich im Allgemeinen sehr zuversichtlich zeigen, lassen jedoch darauf schließen, dass die Wirtschaftsaussichten der Union für 2001 recht zufriedenstellend sind.

Bei den letzten Zusammenkünften zeigten sogar die Vertreter der stahlverarbeitenden Branchen einen verhaltenen Optimismus, äußerten sich jedoch besorgt über die unsichere Entwicklung der Energiepreise. Sie stellten fest, dass die Kapazitätsauslastung ihre Grenzen erreicht habe und dass es äußerst schwierig sei, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden.

Auch die Vertreter der Stahlhandelsunternehmen äußerten sich bei diesen Zusammenkünften sehr optimistisch zu den Wirtschaftsaussichten der Gemeinschaft für 2001, selbst wenn sich ihrer Ansicht nach das Überangebot und die Erhöhung der Lagerbestände vorübergehend negativ auf die Stahlpreise auswirken könnten.

Angesichts der guten innergemeinschaftlichen Wirtschaftsbedingungen und eines besseren internationalen Umfelds dürfte der Konjunkturaufschwung in den wichtigsten stahlverarbeitenden Branchen (von denen einige in diesem Dokument eingehender beschrieben werden) auch 2001 weiterhin anhalten und eine hohe Nachfrage nach Stahlerzeugnissen gewährleisten.

Für das Jahr der Vorausschätzung kann man also noch mit einem deutlichen Wachstum in den eher exportorientierten Industriezweigen wie Maschinenbau, Elektrotechnik und Elektronik rechnen, die im Jahr 2000 hervorragende Ergebnisse zu verzeichnen hatten. Im Baugewerbe hingegen wird 2001 mit einem geringeren Wachstum bzw. mit Stagnation zu rechnen sein, in der Automobilindustrie sogar mit einem leichten Rückgang.

Diese sektorspezifischen Entwicklungen lassen die Annahme zu, dass der sichtbare Stahlverbrauch sich 2001 auf dem Rekordniveau des Vorjahres einpendeln wird, solange die Wachstumsrate der US-Wirtschaft nicht unter ca. 2 % sinkt.

Die EU-Stahlindustrie wird in Zukunft sowohl von diesem ausgezeichneten Verbrauchsniveau als auch von den vom internationalen Markt gebotenen Möglichkeiten besser profitieren können. Die gemeinschaftsinternen Einfuhren dürften 2001 nach ihrem bemerkenswerten Anstieg im Jahre 2000 vor allem aufgrund der weniger attraktiven Marktbedingungen leicht zurückgehen, während die Ausfuhren von EU-Stahlerzeugnissen weiter zunehmen werden.

In den Tabellen 2 und 2a) im Anhang sind die Konjunkturindizes der wichtigsten Stahlverbraucher für das Jahr 2001 aufgeführt. Bei der Interpretation dieser Zahlen, die von den Wirtschaftsverbänden der einzelnen Mitgliedstaaten bereitgestellt werden und über deren Gültigkeit nicht immer Einigkeit herrscht, ist jedoch Vorsicht angebracht.

2.2.1. Erste Verarbeitungsstufe

Der quasi generelle Konjunkturaufschwung in den einzelnen Branchen der ersten Stahlverarbeitungsstufe, der sich bereits Ende 1999 abzeichnete, beschleunigte sich im ersten Halbjahr 2000 erheblich.

Die spürbare Verbesserung in diesem Sektor ist in allen Mitgliedstaaten der Union außer dem Vereinigten Königreich zu beobachten und auf die stark gestiegene Nachfrage der Automobilindustrie, des Baugewerbes und des Maschinenbausektors zurückzuführen, die den allgemeinen Wirtschaftsaufschwung innerhalb und außerhalb der EU nutzen konnten.

Seit dem Sommer 2000 sind jedoch wieder diverse Zeichen für ein verlangsamtes Wachstum erkennbar, bedingt durch eine schwächere Nachfrage und die Tendenz der Stahlverbraucher zur Anpassung der Lagerbestände. Bis Ende 2000 wird es also wahrscheinlich zu einer vorübergehenden Stagnierung kommen; trotzdem liegen die Ergebnisse für das Jahr 2000 weit über denjenigen von 1999.

Die Ankündigung eines weiterhin anhaltenden Wirtschaftswachstums im Jahre 2001 dürfte für einen leichten Anstieg der Nachfrage nach den Produkten dieser Industriezweige sorgen. Die meisten stahlverarbeitenden Branchen werden weiterhin ein gutes Produktionsniveau verzeichnen, und der voraussichtliche leichte Rückgang bei der Automobilherstellung und die angekündigte Konjunkturabschwächung im Baugewerbe dürften durch die besseren Exportaussichten der übrigen Branchen kompensiert werden.

A. Röhrenindustrie

Nach einem durch den regelrechten Einbruch der Nachfrage und den starken Druck der Einfuhren bedingten sehr schlechten ersten Halbjahr 1999 stieg die Röhrenproduktion der Union langsam wieder an; sie verzeichnete Ende des Jahres einen Rückgang von nur 9 %.

Diese positive Tendenz verstärkte sich noch in den ersten Monaten des Jahres 2000 dank des Aufschwungs in der Mineralölindustrie und der größeren Dynamik der Ausfuhren, die durch den Kurs des Dollars gegenüber dem Euro begünstigt wurden. Die Röhrenproduktion in der Gemeinschaft hatte bis Ende des ersten Halbjahres 2000 um 4,3 % zugenommen, parallel dazu stiegen jedoch auch die Einfuhren weiterhin an.

Die kurzfristig noch günstigen Aussichten, die auf den gleichen Faktoren beruhen und die Grundlage für den seit Ende 1999 festgestellten Aufschwung bilden, weisen auf eine Stabilisierung der Röhrenproduktion in den kommenden Monaten hin, wodurch für das Jahr 2000 ein Zuwachs von insgesamt 5 % gewährleistet ist.

Kommt es im Jahr 2001 nicht zu unvorhergesehenen Ereignissen, ist mit einer leichten Steigerung der Röhrenproduktion von maximal 1,5 % und einem Produktionsvolumen von mehr als 13 Mio. t zu rechnen, da die Erdölexploration weiterhin für eine lebhaftere Nachfrage sorgen wird.

Bei den nahtlosen Röhren dürfte der 1999 verzeichnete spektakuläre Produktionsrückgang um 25 % im Laufe des Jahres 2000 wieder ausgeglichen werden, da die Zahlen für das erste Halbjahr bereits einen Anstieg um 25,2 % zeigen. Die Erdölexploration, die in diesem Zeitraum erheblich zur Belegung der Nachfrage nach OCTG-Rohren beigetragen hat, wird diese Entwicklung voraussichtlich auch künftig positiv beeinflussen.

Dieser Tatbestand und die gute Entwicklung der Ausfuhren lassen für 2000 eine Steigerung der Röhrenproduktion in der Gemeinschaft von etwa 21 % erwarten.

Die positiven Tendenzen, die der Produktionssteigerung im Bereich der nahtlosen Rohre zugrunde liegen, erlauben es, für 2001 eine erneute Zunahme um etwa 7 % gegenüber der Produktion im Jahre 2000 vorherzusagen.

Bei den geschweißten Kleinrohren (< 406,4 mm) wurde für 1999 ein Produktionsanstieg von 5 % und im ersten Halbjahr 2000 ein Anstieg von 3,5 % festgestellt.

Im Laufe dieses Halbjahres stiegen jedoch die Einfuhren um rund 44 %, was auf das Anlegen von Spekulationsbeständen schließen lässt, während der Verbrauch nur um 7 % stieg. Die Folgen dieses Phänomens könnten sich negativ auf die Zahlen des zweiten Halbjahres auswirken und für das Jahr 2000 zu einem Produktionsrückgang von 3 % führen.

Auf jeden Fall ist für 2001 eine verringerte Nachfrage seitens der Kraftfahrzeugindustrie und des Baugewerbes zu erwarten, die bei diesen Rohren zu einem Produktionsrückgang von schätzungsweise 3 % führen könnte, falls es gelingt, den Gemeinschaftsmarkt vor einer neuen Importwelle zu schützen.

Das Fehlen neuer großer Investitionsvorhaben beeinflusste 1999 die Produktion von geschweißten Großrohren (> 406,4 mm), die einen Rückgang von 18 % verzeichnete. Im ersten Halbjahr 2000 wurde erneut ein Produktionsrückgang festgestellt, der jedoch in eine Stabilisierung und sogar eine leichte Produktionssteigerung übergehen könnte, falls es gelingt, bestimmten protektionistischen Maßnahmen entgegenzuwirken. Die wenigen Investitionen in der Mineralölindustrie lassen auf jeden Fall für 2001 keine positive Entwicklung bei Nachfrage und Produktion dieser Röhren erwarten. Die Produktion dürfte sich bei den für das Jahr 2000 veranschlagten 2 Mio. t stabilisieren.

B. Ziehereien

Die Ergebnisse der Drahtziehereien für 1999 entsprachen den Erwartungen; der Verbrauch dieser Erzeugnisse stieg um 5 %, was insbesondere auf die starke Nachfrage nach Stahlmatten zurückzuführen ist.

Im ersten Halbjahr 2000 war in dieser Branche eine Konjunkturbelebung mit einem Anstieg des Verbrauchs um 6 % zu verzeichnen. Wegen der starken Nachfrage seitens des Baugewerbes, der Kraftfahrzeugindustrie und des Maschinenbaus verteilte sich dieser Anstieg gleichmäßig auf die Stahlmatten und die gezogenen Drähte.

Seit dem Sommer ist ein gewisser Stillstand bei der Nachfrage festzustellen, der anzudauern scheint und somit für das Jahr 2000 zu einer Verlangsamung des Verbrauchs von gezogenen Drahterzeugnissen (etwa 3 %) führen könnte.

Das absehbar geringe Wachstum in der Automobilindustrie und im Baugewerbe, kompensiert durch eine größere Dynamik im exportorientierten Maschinenbau, lassen für 2001 eine Stabilisierung bzw. einen sehr leichten Rückgang des Verbrauchs um maximal 1 % erwarten.

Die Profilziehereien, die im wesentlichen für die Automobilhersteller tätig sind, erzielten 1999 nicht die erhofften Ergebnisse; die Zunahme des Verbrauchs war mit weniger als 1 % sehr bescheiden.

Seit Anfang 2000 ist die Nachfrage nach gezogenen Profilen erheblich angestiegen; der sichtbare Verbrauch erhöhte sich im ersten Halbjahr um etwa 7 %. Mit dem für das zweite Halbjahr erwarteten Produktionsrückgang in der Kraftfahrzeugindustrie wird der sichtbare Verbrauch an gezogenen Stäben erheblich sinken; für das gesamte Jahr 2000 ist mit einem Anstieg von maximal 3 bis 4 % zu rechnen.

Angesichts der weniger günstigen Aussichten für die Automobilindustrie im Jahre 2001 ist ein Rückgang des Verbrauchs an gezogenen Profilen um 3 bis 4 % zu erwarten; er würde somit auf das absolut zufriedenstellende Niveau von 1999 zurückfallen.

C. Kaltband und -profile

Entgegen den Erwartungen der Branchenkenner und der Unternehmen selbst dürfte die Produktion der nicht in den Bereich der EGKS fallenden Kaltbandindustrie im Jahre 2000 um etwa 10 % höher ausfallen als 1999, womit selbst der bisherige Produktionsrekord von 1998 noch übertroffen würde.

In der Gemeinschaft wuchs die Nachfrage nach Bandstahl seit Anfang 2000 sehr schnell, was zu zeitweiligen Versorgungsengpässen bei den Rohstoffen und indirekt sogar bei den Verarbeitungserzeugnissen führte.

Angesichts der derzeitigen Auftragslage, die die volle Kapazitätsauslastung dieses Industriezweigs bis mindestens Juni 2001 garantiert, wird die Gesamtproduktion für 2001 mindestens das Niveau von 2000 erreichen.

Trotz der Gefahr, dass die Verbraucher ihre Lagerbestände erhöhen und dadurch eine eventuelle Tendenz zu einer negativen Entwicklung verstärken könnten, werden die für 2001 erwarteten Ergebnisse mehr als zufriedenstellend ausfallen.

Als Zwischenerzeugerbranche muss dieser Industriezweig jedoch weiterhin die Verringerung seiner Gewinnspannen hinnehmen, da er die steigenden Rohstoffpreise nicht integral auf seine Kunden abwälzen kann.

Die Breitprofilindustrie erlebt seit Mitte 1999 eine äußerst günstige Konjunkturphase, bedingt durch die Nachfrage nach Sandwichplatten; die Branche konnte einen Anstieg der Gesamtproduktion um etwa 6 % verzeichnen.

Die auch im Jahr 2000 weiterhin anziehende Konjunktur dürfte trotz der ungünstigeren Entwicklung der Nachfrage nach Profileblechen zu einer Produktionssteigerung von etwa 8 % führen.

Zur Zeit gibt es keine Anzeichen dafür, dass der Breitprofilverbrauch im Jahre 2001 zurückgehen könnte, da beim Hauptabnehmer dieser Produkte, der Baubranche, weiterhin ein leichter Aufschwung zu verzeichnen ist.

Obwohl die Tendenz, Breitprofile aus Stahl durch andere Materialien zu ersetzen, weiterhin zunimmt, finden die Erzeugnisse dieser Branche zunehmend Verwendung in anderen Bereichen, insbesondere im Bauwesen; diese Entwicklung sorgt also auch künftig für günstige Aussichten und garantiert einen stärkeren Verbrauch an verzinkten Blechen.

Die Langprofilindustrie verzeichnete aufgrund einer seit dem zweiten Halbjahr 1999 ständig wachsenden Nachfrage auch in der ersten Hälfte des Jahres 2000 eine sehr intensive Tätigkeit.

Aufgrund der derzeitigen Auftragslage wird die Gesamtproduktion an Langprofilen im Jahre 2000 voraussichtlich um etwa 5 % gegenüber 1999 ansteigen, trotz zeitweiliger Versorgungsengpässe bei den Rohstoffen und besonders den verzinkten Blechen.

Die Branche rechnet für 2001 mit einer noch stärkeren Nachfrage und somit einem erneuten Anstieg der Profilstahlproduktion um schätzungsweise 3 %.

Selbst wenn die Baubranche ihre Tätigkeit im Winter einschränken sollte, kann die Profilverindustrie ihre Produktion auf andere Absatzmärkte wie z. B. Kraftfahrzeugindustrie und Maschinenbau ausrichten.

2.2.2. Aussichten im Baugewerbe

Nach den bescheidenen positiven Ergebnissen von 1997 und 1998 folgte die globale Baukonjunktur mit einer gewissen Verzögerung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und verzeichnete 1999 einen ausgeprägteren Anstieg des Bauvolumens um mehr als 2,5 %.

Diese positive Tendenz verstärkte sich noch im ersten Halbjahr 2000, so dass trotz einer Stabilisierung, die sich nach dem Sommer abzeichnete, für das gesamte Jahr 2000 ein neuer Anstieg des Bauvolumens um etwa 3 % zu erwarten ist.

Die gesamtwirtschaftlichen Aussichten der Europäischen Union für 2001 sind zweifellos günstig. Angesichts der Ungewissheit, die bezüglich der staatlichen Maßnahmen in diesem Bereich herrscht, und der steten Erhöhung der Zinssätze zur Eindämmung der Inflation muss man jedoch in der Baubranche mit einem erheblichen Wachstumsrückgang von schätzungsweise 1,5 % rechnen. Der Nichtwohnungsbau und die Renovierungsarbeiten werden sicher auch 2001 weiterhin wachstumsträchtige Teilssektoren sein.

Im Wohnungsbau ist die insgesamt positive Tendenz eher auf Modernisierungs- und Instandhaltungsarbeiten zurückzuführen, die durch diverse staatliche Anreize des einen oder anderen Landes begünstigt wurden. Die in mehreren Ländern geplante Umverteilung steuerlicher Mehreinnahmen könnte jedoch ein beschleunigtes Wachstum dieser Branche bewirken, besonders durch einen Aufschwung des Wohnungsneubaus in Deutschland und in Italien.

Im Nichtwohnungsbau wird die in den letzten Jahren festgestellte positive Entwicklung der privaten Investitionen 2001 andauern, wenn auch durch den allgemeinen wirtschaftlichen Rückgang leicht beeinträchtigt.

Sollten die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen verstärkt werden, könnte dieser Teilsektor die für 2001 erwarteten Ergebnisse jedoch verbessern.

Auf Ebene der Mitgliedstaaten wird Deutschland das Wachstum dieser Branche 2001 am stärksten fördern, gefolgt von Frankreich, Italien und Spanien.

Im Tiefbau, dessen Entwicklung im Wesentlichen von den Investitionen der öffentlichen Hand abhängt, war zwar seit 1999 ein gewisser Aufschwung festzustellen, doch sind die weiteren Aussichten eher ungewiss.

Die Ergebnisse dieses Teilsektors für 2001 hängen von der konkreten Durchführung der angekündigten öffentlichen Großprojekte und der allgemeinen Vorgehensweise der staatlichen Stellen im Bereich der Infrastrukturinvestitionen ab.

Die Konjunktur in diesem Bereich wird 2001 weiterhin leicht im Aufschwung sein, da laufende Projekte abgeschlossen und einige neue Projekte in Angriff genommen werden.

2.2.3. Entwicklung des Automobilmarktes

Der EU-Automobilmarkt wies 1999 mit einer Zunahme der Kfz-Zulassungen um 4,9 % gegenüber dem Rekordniveau von 1998 ein sehr gutes Ergebnis auf.

Auch im ersten Halbjahr 2000 stiegen die Kfz-Anmeldungen aufgrund einer sehr lebhaften Nachfrage weiterhin erheblich an.

Seit einigen Monaten jedoch sind bei den Anmeldungen von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen erhebliche Schwankungen festzustellen; die Entwicklung verläuft auf jeden Fall negativ. Dem im Juli verzeichneten kräftigen Rückgang um 16 % folgten ein stabiles Ergebnis im August und ein neuer Rückgang um 5 % im September, um 4 % im Oktober, um 1 % im November und um 8,2 % im Dezember. Für das Jahr 2000 gingen die Zahlen um insgesamt 2,2 % zurück, während die Ergebnisse der ersten Jahreshälfte noch positiv waren (+ 3,2 %).

Dabei ist jedoch zu betonen, dass der Absatzeinbruch nach dem starken Anstieg der Ölpreise sowie die großen Lagerbestände an hochwertigen Gebrauchtfahrzeugen sich sicherlich negativ auf die Bestell- und Lieferzahlen ausgewirkt und dieses Ergebnis in erheblichem Maße beeinflusst haben.

Trotz allem ist dieses Ergebnis als völlig zufrieden stellend anzusehen, denn es ist immerhin das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten in dieser Branche.

Die zunehmende Verschlechterung des Anfang 2000 noch sehr günstigen wirtschaftlichen Umfelds wirkt sich jetzt ungünstig auf das Verbrauchervertrauen aus, das bereits durch den Anstieg der Kraftstoffpreise, der Zinssätze und das beschränktere Angebot neuer Automodelle beeinträchtigt wurde. Die negativen Folgen dieser Faktoren dürften jedoch nur vorübergehend sein und durch die mittelfristig positiven Gesamtaussichten für die EU-Wirtschaft ausgeglichen werden.

Für das Jahr 2001 kann davon ausgegangen werden, dass der Automobilabsatz eher stabil bleiben bzw. einen leichten Rückgang um 1 bis 2 % verzeichnen wird. Angesichts seiner geringen Auswirkungen auf die Produktion und die optimale Kapazitätsauslastung wird ein solches Ergebnis diese Branche sicher nicht pessimistisch stimmen. Im Übrigen dürfte sich der positive Trend von 1999 und 2000 bei den Kfz-Ausfuhren fortsetzen; für 2001 wird ein Anstieg um 9 % erwartet, der die Produktion von Neufahrzeugen in der EU anregen wird.

2.3. **Import- und Exportaussichten für Stahlzeugnisse**

2.3.1. Außenhandelsstatistik der Europäischen Union

Die zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Vorausschätzung vorliegenden Außenhandelsstatistiken „Stahl“ der EU beziehen sich auf die ersten zehn Monate des Jahres 2000. Sie sind vergleichbar mit den Daten über den internationalen Stahlhandel der EU für den gleichen Zeitraum des Jahres 1999 und erleichtern die Schätzung der Mengen und Tendenzen der gemeinschaftlichen Stahleinfuhren und -ausfuhren für das gesamte Jahr 2000.

Diese Statistiken zeugen einerseits von einem erheblichen Anstieg der Stahleinfuhren um 27 % und andererseits einer Erhöhung der gemeinschaftlichen Ausfuhren, die jedoch bei nur 16 % liegt.

Für die Ausfuhren bestätigen diese Daten den in der vorhergehenden Vorausschau skizzierten Trend. Bei den Einfuhren jedoch ist statt des erwarteten leichten Rückgangs ein starker Anstieg festzustellen.

Selbst wenn diese Daten noch nicht komplett sind, zeigt ihre Auswertung doch, dass sich das Stahldefizit der EU sowohl im Bereich der Flach- und Langstahlprodukte als auch der Halbfertigwaren verallgemeinert, was das bereits 1998 zu erahnende globale strukturelle Defizit bestätigen würde.

Im Stahlhandel mit Drittländern haben die Einfuhren aus China, Japan, einigen Ländern Lateinamerikas und insbesondere Brasilien sowie Russland zugenommen.

Der im gleichen Zeitraum verzeichnete Anstieg der gemeinschaftlichen Stahlausfuhren um insgesamt 16 % ist im Wesentlichen auf eine günstige Entwicklung des Handels mit den Vereinigten Staaten, Kanada, den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) und einigen Ländern Südostasiens zurückzuführen.

Die Entwicklung des gemeinschaftsweiten und weltweiten Stahlhandels wurde zweifellos durch das Wirtschaftsklima begünstigt, das sich nach der vorangehenden Krise wieder verbessert hat. Bei den Einfuhren in die Union spielten die sehr starke Nachfrage und vor allem das Niveau der Binnenmarktpreise eine nicht unwesentliche Rolle, während die bei den Ausfuhren festgestellte positive Tendenz hauptsächlich auf die Abwertung des Euro im Verhältnis zum Dollar zurückzuführen ist.

In den letzten Monaten des Jahres 2000 dürften sich die gemeinschaftlichen Stahleinfuhren mit der relativen Stabilisierung der Preise und der internen Nachfrage verlangsamen und Ende 2000 bei rund 24,5 Mio. t liegen, was einem Anstieg um etwa 18 % gegenüber 1999 entspricht.

Unter dem Einfluss des immer noch günstigen externen Umfelds und des schwachen Euro-Kurses, der die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie verbessert, dürften die gemeinschaftlichen Ausfuhren hingegen noch zulegen und Ende 2000 ein Volumen von etwa 22 Mio. t erreichen.

Kommt es 2001 nicht zu einer erheblichen Verschlechterung des internationalen Wirtschaftsklimas aufgrund einer eventuellen, jedoch eher unwahrscheinlichen übermäßigen Erhöhung der Ölpreise, so dürfte der gemeinschaftliche Stahlhandel mit einer Stabilisierung bzw. einem leichten Rückgang der Einfuhren einerseits und einer positiven Entwicklung der Ausfuhren andererseits einen Aufschwung erleben.

Diese eher guten Aussichten dürfen nicht dazu verleiten, die Gefahren neuer destabilisierender Faktoren zu vernachlässigen, die bereits einmal auf dem Gemeinschaftsmarkt aufgetreten sind und folgenschwere Auswirkungen auf die Unternehmensergebnisse und indirekt auf die Beschäftigungslage in der Stahlindustrie hatten.

Es besteht nämlich die Gefahr, dass sich der Protektionismus verstärkt und die Konjunktur in den USA stärker nachlässt als erwartet, und das hätte nachteilige Folgen für das Marktgleichgewicht und die Stahlpreise.

2.3.2. Die Weltwirtschaft im Jahr 2001

Die Weltwirtschaft verzeichnete in den ersten sechs Monaten des Jahres 2000 ein besonders starkes Wachstum, dem jedoch ein allmählicher Konjunkturrückgang folgte, der durch den Anstieg der Ölpreise, die Erhöhung der kurzfristigen Zinssätze und das weniger günstige Umfeld der Börsenmärkte bewirkt wurde.

Die Vertrauensindikatoren, die in den Vereinigten Staaten bereits im Juli sanken, dann in Japan und anschließend in einigen Ländern der Europäischen Union zurückgingen, bestätigen diese Entwicklung.

Die Wirtschaft der Industrieländer wird trotzdem im Jahre 2000 ein erhebliches Wachstum von 4,3 % verzeichnen, das 2001 mit voraussichtlich 3,3 % etwas niedriger ausfallen dürfte.

Diese Wachstumsaussichten werden jedoch weiterhin getrübt durch die Entwicklung der Energiepreise, die anhaltende Schwäche des Euro und das Nachlassen der Konjunktur in den USA.

Die Fundamentalfaktoren der Wirtschaft der Industrieländer sind auf jeden Fall solide und lassen darauf schließen, dass der derzeitige Konjunkturrückgang nur von begrenzter Dauer sein wird.

In der Stahlbranche dürfte der sichtbare Verbrauch weltweit die 750 Mio. t überschreiten, was einen Anstieg um 5 bis 6 % gegenüber dem Vorjahr bedeuten würde.

2001 wird der sichtbare Verbrauch infolge der allgemeinen Konjunkturabschwächung wahrscheinlich um nur mehr etwa 2 % zunehmen. In den Vereinigten Staaten und in der Europäischen Union wird mit einer Stagnation dieses Verbrauchs gerechnet, während sich in Südamerika und in Asien ein stärkerer Anstieg abzeichnet.

Im Handel mit Stahlerzeugnissen wird für 2001 mit einer leichten Umorientierung der Handelsströme und insbesondere mit spürbar rückläufigen Einfuhren auf dem amerikanischen Markt und einem etwas weniger ausgeprägten Rückgang der Einfuhren auf dem EU-Markt gerechnet.

Das Überangebot der Exportländer, die mit allen Mitteln nach Absatzmärkten suchen, stellt weltweit eine Gefahr für die Stabilität der Märkte und der Stahlpreise dar.

2.3.2.1. USA

Das Wirtschaftswachstum in den USA verlangsamt sich, hält jedoch noch an, da sich die Ölrechnung nicht allzu sehr auf die Preise auswirkt und die Produktivitätsgewinne die steigenden Arbeitskosten kompensieren. Die sprichwörtliche „weiche Landung“, die sich im zweiten Halbjahr 2000 abzeichnete, wird immer deutlicher erkennbar, selbst wenn die Arbeitslosigkeit unter 4 % gesunken ist. Für 2001 wird in den USA mit einem BIP-Wachstum von 2,5 % gerechnet, das somit erheblich unter den für 2000 erwarteten 5 % liegen würde. Nur ein erheblicher Vertrauensverlust könnte diese Ergebnisse noch beeinflussen.

2001 wird der Stahlverbrauch der Vereinigten Staaten voraussichtlich um etwa 5 % zurückgehen, bedingt durch die geringere Investitionstätigkeit und den Konjunkturrückgang im Baugewerbe und in der Automobilindustrie. Da die inländische Stahlproduktion aufgrund der Inbetriebnahme neuer Kapazitäten anwachsen wird, werden die Einfuhren voraussichtlich leicht sinken.

2.3.2.2. Japan

Die ermutigenden Ergebnisse der drei ersten Quartale des Jahres 2000 scheinen darauf hinzuweisen, dass die japanische Wirtschaft die Rezession endgültig überwunden hat. Das Wachstum des BIP in Japan dürfte für 2000 bei etwa 2 % liegen, insbesondere dank der höheren Investitionen der öffentlichen Hand.

Die Aussichten für 2001 bleiben positiv; die Notwendigkeit der Umstrukturierung der Unternehmen, durch die private Investitionen begünstigt werden, und der neue staatliche Unterstützungsplan, der die Wirtschaftstätigkeit des Landes ankurbeln wird, lassen ein Wirtschaftswachstum von etwa 2,5 % erhoffen.

Der Stahlverbrauch Japans wird durch den Wirtschaftsaufschwung und durch eine intensivere Tätigkeit der stahlverbrauchenden Industriezweige wie Baugewerbe, Automobilbranche und Investitionsgüterindustrie angeregt; er wird 2001 voraussichtlich um etwa 2 % zunehmen.

Die inländische Stahlproduktion dürfte 2001 ebenfalls ansteigen; der überschüssige Anteil ist jedoch im Wesentlichen für die Märkte Südasiens bestimmt.

2.3.2.3. Wirtschaftliche Entwicklung in China und in Südostasien

Die für 2000 auf etwa 7 % geschätzte durchschnittliche Zuwachsrate der südostasiatischen Volkswirtschaften dürfte 2001 auf ungefähr 6 % sinken. In diesem Zusammenhang ist auf den starken Konjunkturaufschwung der koreanischen Wirtschaft hinzuweisen, der 2000 bei nahezu 8,5 % liegt und 2001 erneut um 6,5 % steigen dürfte.

Der Stahlverbrauch in dieser Region wird im Jahre 2000 einen Anstieg von 3,5 % auf etwa 122 Mio. t verzeichnen; die Stahlproduktion wird nach der Inbetriebnahme neuer Kapazitäten ebenfalls zunehmen. Angesichts der für 2001 erwarteten Entwicklungen — Anstieg des Verbrauchs um 3,5 % — wird das Stahldefizit dieser Region trotz einer absehbaren Steigerung der inländischen Produktion von 1 bis 2 % bei über 20 Mio. t liegen.

China verzeichnet derzeit einen sehr positiven Konjunkturverlauf; nach dem bemerkenswerten Wirtschaftswachstum im Jahre 1999 wird sich die Konjunktur 2000 und sogar 2001 noch weiter verbessern und Zuwachsraten von 8,3 % bzw. 8,5 % erreichen. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2000 lag das Wachstum mit 8,2 % weit über dem von den staatlichen Instanzen angestrebten Ziel (+ 7 %); Ursachen für diese positive Entwicklung waren die Dynamik der Investitionen, der steigende Verbrauch, die Kapitalzuflüsse und die allgemeine Verbesserung der Wirtschaftslage im asiatischen Raum.

In diesem positiven wirtschaftlichen Umfeld dürfte der Stahlverbrauch 2000 um 5 % und 2001 sogar um etwa 7 % ansteigen. Aufgrund der steten Zunahme der Inlandsproduktion könnten die Stahleinfuhren Chinas nach ihrem beträchtlichen Anstieg in den letzten zwei Jahren im Jahr 2001 jedoch leicht sinken.

2.3.2.4. Lateinamerika

Dank der bemerkenswerten Belebung der brasilianischen Wirtschaft dürften die lateinamerikanischen Länder für 2000 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 4,3 % und für 2001 von 4,5 % verzeichnen. Diese wirtschaftliche Entwicklung kommt dem Stahlverbrauch zugute, der 2000 um etwa 11 % und 2001 um weitere 6 % zulegen dürfte. Während der Stahlverbrauch in Brasilien erheblich zunimmt, ist in Argentinien eine negative Tendenz festzustellen. Im internationalen Stahlhandel wird ein leichter Anstieg der Einfuhren und ein ausgeprägter Rückgang der Ausfuhren erwartet; das Überangebot in dieser Region dürfte etwa 8 Mio. t betragen.

2.3.2.5. MOEL und GUS

Die Konjunktur in diesen Ländern, bei der sich bereits 1994 ein Aufschwung abzeichnete, hat sich nach einer gewissen Abschwächung in den Jahren 1998/99 wieder verbessert. Das durchschnittliche Wachstum der MOEL wird 2000 voraussichtlich bei 4,9 % liegen und sich 2001 noch einmal um 4,1 % verbessern. 25 % der Inlandsproduktion, die sich 2000 um 4 % und 2001 um weitere 2 % erhöhen wird, werden auf den EU-Markt exportiert; der Inlandsverbrauch steigt nur langsam.

Seit der Abwertung des Rubels haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Russlands erheblich verbessert, und die Wachstumsrate dürfte für 2000 bei etwa 7 % liegen, 2001

jedoch mit 4 % etwas langsamer steigen. Die Stahlproduktion wuchs 1999 um 13 %; diese Tendenz wird sich auch 2000 fortsetzen. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass die Stahlproduktion Russlands 2001 aufgrund der sinkenden Nachfrage auf dem Exportmarkt, für den über die Hälfte der Inlandsproduktion bestimmt ist, etwas zurückgehen wird.

2.4. Preisentwicklung

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2000 stieg die weltweite Rohstahlproduktion gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um mehr als 11 %. Trotz des günstigen wirtschaftlichen Umfelds ist es nicht vorstellbar, dass der tatsächliche Stahlverbrauch in gleichem Maße angestiegen ist. Man kann also davon ausgehen, dass in diesem Zeitraum bei allen Gliedern der Wirtschaftskette höhere Lagerbestände angelegt wurden. Dies würde insbesondere den Preisrückgang beim Warmbreitband erklären, der auf dem Weltmarkt — zuerst in Asien, dann in den USA und anderen Ländern — festzustellen war.

Die Entwicklung auf dem gemeinschaftlichen Stahlmarkt verlief ähnlich; die Erhöhung der Lagerbestände in Verbindung mit massiven Stahleinfuhren wirkten sich auf die Preise aus, die für das eine oder andere Produkt nach dem Sommer 2000 sanken.

Die Preise bei Warmbreitband, die im Mai/Juni ihren Höchststand auf dem Stahlmarkt der Gemeinschaft erreicht hatten, sind seither um 15 bis 20 EUR je Tonne, d. h. um 8 bis 10 % gefallen und fielen zum Jahresende weiter ohne Anzeichen einer Stabilisierung.

Die Notwendigkeit der Anpassung der Lagerbestände dürfte künftig einen weiteren Risikofaktor für die Stabilität der Preise darstellen, vor allem, falls sich eine solche Tendenz in einer Phase sinkender Nachfrage und steigender Einfuhren abzeichnen sollte; diese Gefahr scheint jedoch für den Gemeinschaftsmarkt zumindest kurzfristig ausgeschlossen.

2.5. Entwicklungstendenzen nach Erzeugnissen

Flacherzeugnisse

— Warmbreitband

Auf dem Gemeinschaftsmarkt ist trotz des ausreichend hohen Angebots auch weiterhin eine lebhaftere Nachfrage nach Warmbreitband festzustellen. Die wachsenden Einfuhren und die Erhöhung der Lagerbestände, Ursachen für das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, führten jedoch nach dem Sommer zu einer Trendwende bei den Preisen, die zunächst sanken, um sich dann zu stabilisieren. Kommt es nicht zu einem nachhaltigen Anstieg der Importe und einem Überangebot, so dürfte es 2001 nicht zu Problemen im Bereich der Preisentwicklung kommen.

— Kaltgewalzte Bleche

Während es im ersten Halbjahr 2000 bei diesen Produkten zu gewissen Versorgungsschwierigkeiten kam, scheint das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage vor allem dank des durch die hohen Preise bedingten Anstiegs der Einfuhren seit dem Herbst 2000 wiederhergestellt. Die Preise für diese Produkte auf dem Gemeinschaftsmarkt bleiben stabil und zeigen sogar einen leichten Aufwärtstrend.

— Bleche mit Überzug

Die Nachfrage der beiden wichtigsten Branchen, nämlich der Automobilindustrie und des Baugewerbes, ist auch Ende 2000 immer noch sehr stark. Vor allem bei elektrolytisch verzinkten Blechen und Blechen mit organischem Überzug steigen die Preise weiterhin. Der Umfang der Einfuhren und die Inbetriebnahme neuer Produktionskapazitäten, besonders im Bereich der verzinkten Bleche, könnten die kurzfristige Entwicklung der Preise für diese Erzeugnisse beeinflussen, falls das Angebot weiterhin ansteigen sollte.

— Quartobleche

Der erheblich gestiegene Verbrauch an Quartoblechen im Laufe des Jahres 2000 ist auf die Zunahme der Aufträge aus der Schiffbauindustrie, der Maschinenbaubranche, die in großem Umfang die Exportmöglichkeiten nutzte, und dem Baugewerbe zurückzuführen. Die Nachfrage nach Quartoblechen ging auch nach dem Sommer 2000 nicht zurück, und die Tendenz der Binnenmarktpreise blieb positiv, da sich die Einfuhren in den Gemeinsamen Markt stabilisiert und die Exportaussichten leicht verbessert haben. Daran dürfte sich auch 2001 nichts ändern, da die Investitionen im Bereich der Gas- und Ölrohre sowie die Auftragslage im Schiffbau die innergemeinschaftliche Nachfrage voraussichtlich anregen werden.

Langerzeugnisse

— Formstahl (Träger)

Der Verbrauch an Trägern hat 2000 zugenommen, und bei den Marktpreisen war bis Ende des Jahres eine positive Tendenz zu verzeichnen. Die Lagerbestände sind angewachsen, was jedoch der Lage auf dem Binnenmarkt entspricht, wo es vor allem im Bereich der großkalibrigen Träger keine Anzeichen für eine sinkende Nachfrage gibt. Die zunehmenden Einfuhren haben bisher die Entwicklung der Binnenmarktpreise nicht allzu sehr beeinflusst, und die Ausfuhren auf die amerikanischen Märkte blieben dank der Schwäche des Euro sehr attraktiv. Diese günstigen Marktbedingungen werden voraussichtlich auch im Jahr 2001 anhalten.

— Walzdraht

Während der amerikanische Markt vor allem wegen der hohen Einfuhren mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wächst der europäische Markt weiterhin sowohl im Bereich der Drähte für das Bauwesen als auch im Bereich der Drähte für andere Branchen, insbesondere Maschinenbau und Kraftfahrzeugindustrie. Die Binnenmarktpreise stiegen seit dem Frühjahr 1999 kontinuierlich an; der Trend setzte sich auch dieses Jahr fort. Die Gefahr protektionistischer Praktiken könnte jedoch in naher Zukunft die Exporte beeinträchtigen und folglich die Preise für Walzdraht auch auf dem Binnenmarkt beeinflussen.

— Betonstahl

In den meisten EU-Ländern entwickelte sich die Nachfrage nach Betonstahl im Laufe des Jahres 2000 sehr positiv, selbst wenn sie nach dem Sommer aufgrund einer gewissen Anpassung der Lagerbestände für sehr kurze Zeit zurückging. Besonders im zweiten Halbjahr 2000 litten die Preise für Betonstahl unter dem Importdruck. Dieser Druck

könnte sich künftig noch verstärken, wenn die protektionistischen Maßnahmen in Übersee zu einer Zunahme der Exporte auf den EU-Markt führen würden, auf dem der Verbrauch weiterhin hoch bliebe.

— Stabstahl

Wie die übrigen Langerzeugnisse profitierte auch der Stabstahl vom Wettbewerbsvorteil aufgrund der Schwäche des Euro gegenüber dem Dollar. Im Gegensatz zur Entwicklung auf den übrigen Märkten steigen die Binnenmarktpreise seit mehr als 18 Monaten weiter an.

2.6. Rohstahlbilanz für das Jahr 2001

Die Aussicht auf ein ausgeprägteres und nachhaltigeres Wirtschaftswachstum in der Gemeinschaft, für das es 1999 erste Anzeichen gab, und die günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen führten zu einer erheblichen Verbesserung des Vertrauensklimas in der Europäischen Union.

Die Prognosen für das innergemeinschaftliche Wirtschaftswachstum fallen auch für 2001 positiv aus; erwartet wird unter anderem ein Anstieg der Industrieproduktion, die durch die dringend erforderlichen Investitionen, das notwendige Wiederauffüllen der Lagerbestände und eine rege Nachfrage innerhalb und außerhalb der EU angeregt wird.

Die Wirtschaftstätigkeit der wichtigsten stahlverarbeitenden Branchen wird voraussichtlich weiterhin sehr intensiv bleiben und so einen ziemlich hohen Stahlverbrauch in der Union gewährleisten.

Diese Aussichten könnten also zum Konjunkturaufschwung auf dem gemeinschaftlichen Stahlmarkt führen, auch angesichts des voraussichtlichen Rückgangs der Einfuhren und des andauernden Aufwärtstrends bei den Ausfuhren. Die im Herbst 2000 aufgetretene Verschlechterung der Lage auf dem Stahlmarkt dürfte nur von kurzer Dauer sein.

Bei der Entwicklung, wie sie in diesem Vorausschätzungsprogramm vorgezeichnet wird, ist für 2001 mit einem Stahlverbrauch in der EU von 163,0 Mio. t zu rechnen, was gegenüber 2000 einen Anstieg um 0,6 % bedeutet. Der sichtbare Stahlverbrauch hingegen dürfte mit 162,5 Mio. t gegenüber 2000 relativ stabil bleiben. Die Stahlproduktion der Gemeinschaft dürfte sich angesichts des voraussichtlich leicht negativen Außenhandelsaldos, einem Rückgang der Einfuhren um 4,2 % und einem Anstieg der Ausfuhren um 2,3 % mit 162 Mio. t praktisch auf dem Niveau von 2000 einpendeln.

3. ROHSTOFFE

3.1. Schrott

Die Schrottpreise auf dem Gemeinschaftsmarkt fielen gegen Mitte des Jahres 2000, wahrscheinlich aufgrund des Rückgangs der Schrottnachfrage infolge der sinkenden Stahlproduktion. Dieser Abwärtstrend wurde jedoch im September unterbrochen, und die Preise stabilisierten sich nach einer leichten Erhöhung in fast allen EU-Ländern einschließlich Spanien. Diese Stabilität der Binnenmarktpreise scheint zum einen auf eine Abnahme der Einfuhren aus den GUS und zum anderen auf eine Steigerung der gemeinschaftlichen Ausfuhren zurückzuführen zu sein, die wegen der andauernden Euro-Schwäche immer noch wettbewerbsfähig sind.

2001 dürften bei Schrottnachfrage und Schrottpreisen keine wesentlichen Änderungen auftreten, abgesehen von den saisonbedingten Schwankungen der Nachfrage. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die von einigen Ländern geschaffenen Hemmnisse für die Ausfuhr von Schrott keinen Rückgang des Angebots auf dem internationalen Markt bewirken.

3.2. Eisenerz

Nach einem erheblichen Anstieg in den ersten sechs Monaten des Jahres 2000 gingen die Eisenerzlieferungen aufgrund einer schwächeren Nachfrage nach dem Sommer wieder zurück. Diese durch einen vorübergehend sinkenden Verbrauch bedingte Tendenz dürfte jedoch nur einige Monate andauern. Die notwendige Anpassung der Lagerbestände hat seit kurzem zu einer Verlangsamung, dann zu einem Rückgang der Stahlproduktion in den USA, Japan und Europa geführt, durch den wiederum die Nachfrage nach Eisenerz zeitweilig abnahm.

Diese negative Marktentwicklung ist also keinesfalls konjunkturbedingt, da die Stahlproduktion bereits im Frühjahr 2001 aufgrund der notwendigen Aufstockung der Lagerbestände wieder angeregt wird, so dass Verbrauch und somit Nachfrage nach diesem Stahlrohstoff schnell wieder ansteigen werden.

Durch die stärkere Konzentration auf Ebene der Eisenerzproduzenten, die zu einem veränderten Kräfteverhältnis auf dem Markt führt, wird die Preistendenz, die sich bisher nach der Entwicklung der Nachfrage richtete, künftig weniger leicht vorherzusehen sein.

3.3. Zinn, Zink und Nickel

Unter dem Einfluss einer global steigenden Nachfrage stieg die weltweite Zinnproduktion während des gesamten Jahres 2000 weiterhin an. Der für das Jahr 2001 erwartete sinkende Zinnverbrauch dürfte nicht mit größeren Preisschwankungen einhergehen, da das Angebot ausreicht, um den Markt zu beliefern.

Nach einem kräftigen Anstieg in der ersten Hälfte des Jahres 2000 ging die Zinkproduktion während der Urlaubszeit wieder zurück, während die Nachfrage weiterhin sehr lebhaft blieb. Die Lagerbestände sind daher erheblich geschrumpft und haben ihren tiefsten Stand seit 1988 erreicht. Trotz der stark gestiegenen chinesischen Ausfuhren sind die Zinkpreise bis zum September angestiegen, dann jedoch wieder etwas gesunken. Da sich der Verbrauch auch 2001 voraussichtlich auf sehr hohem Niveau einpendeln wird, werden die Zinkpreise sehr schnell wieder steigen.

Die Nickelpreise erreichten 2000 ein bisher unvorstellbares Niveau. Dieser enorme Preisanstieg ist auf die stark gestiegene Edelstahlproduktion sowie auf die begrenzten Kapazitäten und die Erschöpfung der Lagerbestände zurückzuführen. Die Preise sind zwar bereits im Herbst 2000 wieder gesunken, doch bleiben die Fundamentalfaktoren des Marktes in Anbetracht der guten Wachstumsaussichten des Edelstahlsektors solide.

Trotz starker Schwankungen begünstigen die Nickelpreise die Inbetriebnahme neuer Kapazitäten und tragen zur Verbesserung des Nickelangebots bei. 2001 wird die Preisentwicklung für diesen Rohstoff vom Gleichgewicht zwischen Angebot und

Nachfrage und von den Möglichkeiten der Edelstahlproduzenten, sich mit diesem hochwertigen Rohstoff einzudecken, abhängen.

4. BESCHÄFTIGUNG

Die Notwendigkeit der ständigen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie der Gemeinschaft zwingt die Unternehmen zur internen Neuorganisation, zur Umstrukturierung bzw. zum Zusammenschluss mit anderen Industriebranchen, um das Potenzial des Binnenmarktes und des internationalen Marktes voll ausschöpfen zu können.

Die Stahlindustrie der Gemeinschaft entwickelt unter dem Einfluss des technischen Fortschritts und der Globalisierung eine Tendenz zu einer immer stärkeren Spezialisierung und zur Herstellung von Qualitätsprodukten mit hoher Wertschöpfung.

Die Umstrukturierungspläne der letzten Jahre, die zum Verlust zahlreicher Arbeitsplätze in dieser Branche führten, veränderten nicht nur die Strukturen, sondern auch die Arbeitsmethoden, die interne Organisation und das soziale Umfeld der Unternehmen und führten zu einer Verjüngung des Personalbestands in der Stahlindustrie.

All diese Änderungen, die sich in den Rahmen der Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit der gemeinschaftlichen Stahlindustrie einfügen, erfordern bessere Ansätze, auch im sozialen Bereich. Die Kompetenz der Beschäftigten muss durch die Verallgemeinerung der ständigen Weiterbildung auf hohem Niveau gehalten werden; dabei ist besonderer Wert auf die Fortbildung im Bereich der neuen Techniken und der Technologien der Informationsgesellschaft zu legen.

Im Kontext der tiefgreifenden Änderungen der Arbeitsorganisation muss der Dialog zwischen den Sozialpartnern sowohl innerhalb als auch außerhalb der Unternehmen unbedingt verstärkt werden.

Im Rahmen dieses Dialogs sind die besten Strategien zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung der Beschäftigung in der Stahlindustrie und zur frühzeitigen Erkennung der künftigen Entwicklungen in dieser Branche festzulegen.

Zur sozialen Bewältigung der noch anstehenden Unternehmensumstrukturierungen kommen weiterhin nationale und gemeinschaftliche Beihilfen zum Tragen, die in Anwendung von Artikel 56 des EGKS-Vertrags gewährt werden. Die durch diese Umstrukturierungen bedingten Nettoverluste an Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie werden für 2001 auf 5 000 geschätzt, wobei das Vereinigte Königreich das am stärksten betroffene Land ist. Aus verschiedenen Gründen, vor allem weil einige Mitgliedstaaten sich nicht an den Wiedereingliederungsmaßnahmen beteiligen, werden die geschätzten Arbeitsplatzverluste jedoch nicht der Zahl der Arbeitnehmer entsprechen, die für EGKS-Beihilfen in Frage kommen.

Für das Jahr 2001 sind im EGKS-Haushalt Mittel in Höhe von 80 Mio. EUR für herkömmliche Wiedereingliederungsbeihilfen in der Kohle- und Stahlindustrie vorgesehen. Da der EGKS-Vertrag demnächst abläuft, wurde jedoch beschlossen, mit diesen Mitteln nicht nur die Ausgaben für das Jahr 2000, sondern auch eine erste Tranche der Ausgaben für 2001 zu decken.

ANHANG

TABELLE 1

Rohstahlangebot und -nachfrage ⁽¹⁾, EU-15

(in Mio. Tonnen)

	Tatsächliches Ergebnis				Schätzungen	Voraus- Schätzungen
	1996	1997	1998	1999 (R1)	2000 (R2)	2001
Sichtbarer Verbrauch der Verbraucher (a)	139,5	149,8	158,0	154,4	162,0	163,0
Bestandsveränderungen beim Handel (b)	- 4,0	1,0	2,0	1,0	1,5	- 0,5
Sichtbarer Verbrauch	135,5	150,8	160,0	155,4	163,5	162,5
Einfuhren EU-15	12,2	14,4	21,4	20,7	24,0	23,0
Ausfuhren EU-15	27,9	24,0	20,0	19,3	22,0	22,5
Bestandsveränderungen bei den Herstellern	- 4,0	- 1,0	1,0	1,0	1,5	- 0,0
Produktion	147,2	159,4	159,6	155,0	163,0	162,0

⁽¹⁾ Umrechnungsfaktor Fertigerzeugnisse zu Rohstahl: 1,11.

(R1) Anhand der tatsächlichen Ergebnisse berichtigte Zahlen.

(R2) Teilweise berichtigte Zahlen.

(a) Diese Zahlen kommen dem tatsächlichen Verbrauch nahe. Berücksichtigt sind die Bestandsveränderungen bei den Händlern aller Länder, mit Ausnahme Deutschlands, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Benelux-Länder, sowie bei den Verbrauchern.

(b) Bestandsveränderungen bei den Händlern in Deutschland, Frankreich, im Vereinigten Königreich und in den Benelux-Ländern.

TABELLE 2

Konjunkturindizes — EU-12 ⁽¹⁾

(nicht saisonbereinigt)

	Jahr 2001 (2000 = 100)	Jahr 2000 (1999 = 100)
Metallwaren	103,2	106,0
Maschinenbau	105,4	106,0
Elektrotechnik	107,4	107,8
Kraftfahrzeugbau	102,6	105,4
Sonstiger Fahrzeugbau	104,7	105,1
Hoch- und Tiefbau	103,1	101,9

⁽¹⁾ Da Angaben über den Stahlverbrauch der einzelnen Branchen in Finnland, Österreich und Schweden fehlen, beziehen sich diese Indizes nur auf die in der Zwölferegemeinschaft erwartete Entwicklung.

Die Konjunkturindizes für die verschiedenen stahlverarbeitenden Branchen basieren auf einer Gewichtung der Angaben, die von den Wirtschaftsverbänden der stahlverarbeitenden Industriezweige gemacht wurden. Wegen fehlender Angaben einiger Länder wurden die Zahlen zum Teil geschätzt.

Quelle: Angaben der Kommission.

TABELLE 2a)

Tendenzen nach Branchen in den wichtigsten Stahlverbraucherländern⁽¹⁾
(Konjunkturindizes⁽²⁾)

Branche	Mitgliedstaat				
	Deutschland	Frankreich	Italien	Vereinigtes Königreich	Spanien
	Jahr 2001	Jahr 2001	Jahr 2001	Jahr 2001	Jahr 2001
Metallwaren	102,0	102,9	105,3	—	103,0
Maschinenbau	105,0	105,5	106,8	—	107,0
Elektrotechnik	106,0	107,3	107,6	—	108,0
Kraftfahrzeugbau	102,0	103,0	101,2	—	104,0
Sonstiger Fahrzeugbau	97,0	108,0	111,7	—	107,0
Hoch- und Tiefbau	100,0	103,0	100,0	—	106,0

⁽¹⁾ Quelle: Nationale Verbände der Stahlverbraucher.

⁽²⁾ Bezugsindex: 2000 = 100.

TABELLE 3

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in der Stahlindustrie (einschließlich Auszubildende)

Land	Zahl der Beschäftigten (in Tausend)		Veränderung (in %)
	Bezugsmonat	Letzter belegter Monat ⁽¹⁾	
A	11,9 (Mai 1999)	11,7 (Mai 2000)	- 1,7
B	20,3 (Dezember 1998)	19,6 (Dezember 1999)	- 3,4
DK	1,3 (Juni 1999)	1,1 (Juni 2000)	- 15,4
D	77,5 (Juli 1999)	77,0 (Juli 2000)	- 0,6
GR	1,9 (Juli 1999)	2,1 (Juli 2000)	+ 10,5
E	22,5 (Dezember 1998)	22,0 (Dezember 1999)	- 2,2
F	38,0 (Dezember 1998)	37,6 (Dezember 1999)	- 1,1
FIN	9,4 (Juli 1999)	8,5 (Juli 2000)	- 9,6
IRL	0,4 (Dezember 1998)	0,4 (Dezember 1999)	0,0
I	38,7 (April 1999)	38,6 (April 2000)	- 0,3
L	4,3 (Dezember 1998)	4,2 (Dezember 1999)	- 2,3
NL	11,7 (Mai 1999)	11,6 (Mai 2000)	- 0,9
P	1,7 (April 1999)	1,5 (April 2000)	- 11,8
S	13,7 (Juli 1999)	13,8 (Juli 2000)	+ 0,7
UK	32,5 (Dezember 1998)	28,9 (Dezember 1999)	- 11,1
EU-15⁽²⁾	285,8	278,6	- 2,5

Quelle: EUROSTAT.

⁽¹⁾ Neueste verfügbare Zahlen.

⁽²⁾ Der Bezugszeitraum ist nicht bei allen Ländern gleich; die übermittelten Angaben betreffen jeweils einen Zeitraum von einem Jahr.

BEKANNTMACHUNG GEMÄSS § 12 ABSATZ 2 DES TELEKOMMUNIKATIONSGESETZES VON 1984**Änderungsvorschläge zur Lizenz für öffentliche Telekommunikationsbetreiber für die British Telecommunications plc**

(2001/C 71/04)

1. Der Generaldirektor für Telekommunikation (nachstehend „der Direktor“ genannt) gibt gemäß § 12 Absatz 2 des Telekommunikationsgesetzes von 1984, geändert durch das Gesetz über die elektronische Kommunikation von 2000, (nachstehend „das Gesetz“ genannt) hiermit bekannt, dass er vorgeschlagen hat, Änderungen an der Lizenz vorzunehmen, die der British Telecommunications plc (nachstehend „BT“ genannt) am 22. Juni 1984 gemäß § 7 des Gesetzes vom Minister für Handel und Industrie erteilt wurde.
2. Die Auswirkungen und die Begründung der vom Direktor vorgeschlagenen Änderungen werden in der nachstehenden Übersicht und im Entwurf der Änderungsverfügung dargelegt.
3. Gemäß § 12 Buchstabe A Punkt 7 des Gesetzes hat eine Änderung Liberalisierungscharakter, wenn
 - a) die zu ändernden Auflagen für den Inhaber der betreffenden Lizenz eine Belastung darstellen;
 - b) die Änderung die Belastung aufhebt oder verringert, ohne dass erforderliche Schutzmaßnahmen entfallen, und
 - c) die Änderung keinen Inhaber einer nach § 7 des Gesetzes erteilten Lizenz im Wettbewerb mit einem Lizenzinhaber, die diese Auflagen enthält, in unzumutbarer Weise benachteiligt.
4. Nach Auffassung des Direktors haben alle vorgeschlagenen Lizenzänderungen aus den in der nachfolgenden Übersicht genannten Gründen Liberalisierungscharakter im Sinne von § 12 Buchstabe A Punkt 7 des Gesetzes.
5. Das Anhörungsverfahren umfasst zwei Phasen. In Phase I können Stellungnahmen zu den bzw. Einwände gegen die vorgeschlagenen Änderungen bis spätestens **9. März 2001** bei Michael Knowles, OFTEL, 50 Ludgate Hill, London EC4M 7JJ, Vereinigtes Königreich, Telefon (44-207) 634 87 06, Fax (44-207) 634 89 24, E-Mail: **michael.knowles@oftel.gov.uk**, eingereicht werden.
6. Vertrauliche Informationen sind eindeutig als solche zu kennzeichnen und in einem vertraulichen Anhang gesondert aufzuführen. Alle bei OFTEL eingegangenen Stellungnahmen, mit Ausnahme der als vertraulich gekennzeichneten Unterlagen, werden in der Forschungs- und Auskunftsabteilung (Research and Intelligence Unit) von OFTEL zur Einsichtnahme ausgelegt und können veröffentlicht werden.
7. In der zweiten Phase können Bemerkungen zu den in der ersten Phase abgegebenen Stellungnahmen bis spätestens

23. März 2001 an Michael Knowles unter obiger Anschrift übermittelt werden. Zur Einsichtnahme in schriftliche Stellungnahmen sind im Voraus Termine mit der Forschungs- und Auskunftsabteilung (Research and Intelligence Unit) von OFTEL unter der Rufnummer (49-207) 634 87 61 zu vereinbaren.

8. Exemplare der Änderungsvorschläge sind bei Michael Knowles erhältlich. Die OFTEL-Erklärung kann von der OFTEL-Website unter der Adresse www.oftel.gov.uk abgerufen werden.

ÜBERSICHT

1. Die Auflagen 76 und 77 werden aus der BT-Lizenz gestrichen.
2. Die Auflagen 76 und 77 stellen eine Belastung für BT dar.
3. Auflage 76. Für Regulierungszwecke haben die entsprechend dieser Auflage erstellten Finanzberichte über die Geschäftsbereiche „Systems Business“ und „Apparatus Business“ weniger von Bedeutung, als dies bei der ursprünglichen Einführung der Fall war. Der Direktor ist der Ansicht, dass eine angemessene Nutzung seiner allgemeinen Informationserfassungsrechte und die Auflage 78 ausreichen, um einen möglichen Informationsmangel, auf den sich Auflage 76 bezog, auszugleichen.
4. Auflage 77. BT ist gemäß Auflage 78 weiterhin zur Rechnungslegung nach Wiederbeschaffungskosten verpflichtet. Der große Umfang der nach Auflage 77 geforderten Rechnungslegung nach Wiederbeschaffungskosten hat nun jedoch an Bedeutung verloren und liefert nicht die für Regulierungszwecke erforderlichen Detailangaben.
5. Der Direktor ist der Ansicht, dass die Änderungen BT von einer Belastung befreien würden, ohne jedoch notwendige Schutzmaßnahmen aufzuheben, die durch seine Informationserfassungsrechte und die Auflage 78 gewährleistet bleiben.
6. Der Direktor ist ferner der Ansicht, dass die Änderungen andere Inhaber einer nach § 7 des Gesetzes erteilten Lizenz im Wettbewerb mit BT nicht in unzumutbarer Weise benachteiligen.
7. Nach Auffassung des Direktors haben diese Änderungen Liberalisierungscharakter im Sinne von § 12 Buchstabe A Punkt 7 des Gesetzes.

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

(2001/C 71/05)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Datum der Annahme des Beschlusses: 21.12.2000

Mitgliedstaat: Österreich, Oberösterreich

Beihilfe Nr.: N 222/2000

Titel: Umweltbeihilfen zugunsten des Lagerplatzes Kapler

Zielsetzung: Altlastensanierung

Rechtsgrundlage: Förderungsrichtlinien für die Altlastensanierung oder -sicherung 1997; Umweltförderungsgesetz 1993

Beihilfeintensität oder -höhe: 156 585 EUR (2,15 Mio. ATS), was einer Beihilfeintensität von 65 % Nettosubventionsäquivalent entspricht

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 22.12.2000

Mitgliedstaat: Spanien (Katalanien)

Beihilfe Nr.: N 633/2000

Titel: Ausbildungsbeihilfen — Katalanien (2000—2006)

Zielsetzung: Berufsausbildung

Rechtsgrundlage: Orden por la que se aprueban las bases reguladoras que han de regir las subvenciones relativas a las acciones de formación ocupacional y afines que promueve la Dirección General de Ocupación del Departamento de Trabajo

Haushaltsmittel: 700 106 000 ESP (4 207 721 EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: Für Großunternehmen: 60 % für allgemeine Ausbildung und 35 % für besondere Ausbildung bei einem Zuschlag von 5 % für Fördergebiete nach Artikel 87.3.c) EG-Vertrag. Für KMU: 35 % für besondere Ausbildung und 70 % für allgemeine Ausbildung bei einem Zuschlag von 5 % für Fördergebiete nach Artikel 87.3.c) EG-Vertrag und 10 %, wenn die Begünstigten benachteiligte Arbeitnehmer sind

Laufzeit: 2000—2006

Andere Angaben: Jahresbericht

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 29.12.2000

Mitgliedstaat: Spanien (Valencia)

Beihilfe Nr.: N 414/2000

Titel: Gasplan — Valencia

Zielsetzung: Ausdehnung des Gasverteilungsnetzes in Valencia

Rechtsgrundlage: Convenios de colaboración entre la Generalitat Valenciana y las distintas empresas especializadas en el transporte de gas natural y gas licuado del petróleo (GLP), para el desarrollo del Plan de gasificación de la Comunidad Valenciana

Haushaltsmittel: 2 761,28 Mio. ESP (16,6 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: Zwischen 30 und 40 %

Laufzeit: 2000—2006

Andere Angaben: Jahresbericht

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 29.12.2000

Mitgliedstaat: Spanien (Madrid)

Beihilfe Nr.: N 677/2000

Titel: Investitionsbeihilfen (2000—2006) — Madrid

Zielsetzung: Investitionsbeihilfen für KMU

Rechtsgrundlage: Orden de la Consejería de Economía y Empleo reguladora del Programa de ayudas a proyectos de inversión dinamizadores y reequilibradores de la economía madrileña para el periodo 2000-2006

Haushaltsmittel: 7 500 Mio. ESP (45,075 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: 15 % (kleine Unternehmen) und 7,5 % (mittlere Unternehmen). Für Fördergebiete 30 % (kleine Unternehmen) und 15 % (mittlere Unternehmen)

Laufzeit: 2000—2006

Andere Angaben: Jahresbericht

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

(2001/C 71/06)

Datum der Annahme des Beschlusses: 17.1.2001

Mitgliedstaat: Spanien (Asturien)

Beihilfe Nr.: NN 14/1999

Titel: Beihilfen an das Unternehmen Central Lechera Asturiana

Zielsetzung: Modernisierung des Unternehmens Central Lechera Asturiana zur strukturellen Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung von Kuhmilch

Rechtsgrundlage: Decreto 71/92, por el que se regula el régimen general de concesión de subvenciones

Haushaltsmittel: 622 Mio. ESP (3,74 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: 24 % der Kosten

Laufzeit: Einmalig

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 17.1.2001

Mitgliedstaat: Italien (Aosta-Tal)

Beihilfe Nr.: N 368/2000

Titel: Plan zur Entwicklung des ländlichen Raums (staatliche Beihilfen betreffende Aspekte)

Zielsetzung: Siehe Titel

Rechtsgrundlage: Piano di sviluppo rurale 2000—2006

Haushaltsmittel: 353,84 Mio. EUR

Beihilfeintensität oder -höhe: Je nach Art der Maßnahmen (19) und der Begünstigten unterschiedlich

Laufzeit: 2000—2006

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 21.12.2000

Mitgliedstaat: Spanien (Asturien)

Beihilfe Nr.: NN 24/2000

Titel: Förderung des Absatzes von Fleisch aus Asturien

Zielsetzung: Verbesserung der Qualität von Rindfleisch aus Asturien

Rechtsgrundlage: Resolución de 14 de febrero de 1996 que aprueba el Reglamento de la carne de Asturias de calidad controlada

Haushaltsmittel: 696 368 378 ESP (4 185 258,24 EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: Je nach Beihilfe unterschiedlich

Laufzeit: 1996 bis 1998

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 30.1.2001

Mitgliedstaat: Spanien

Beihilfe Nr.: N 435/2000

Titel: Beihilfe für Zusammenschlüsse von Viehzüchtern

Zielsetzung: Die Zusammenschlüsse von Züchtern reinrassiger Tiere sollen bei ihrer Tätigkeit unterstützt werden

Rechtsgrundlage: Proyecto de Orden Ministerial del Ministerio de Agricultura, Pesca y Alimentación por la que se establecen ayudas a las agrupaciones o federaciones de raza pura que integren asociaciones u organizaciones de ganado de ámbito estatal

Haushaltsmittel: 20 Mio. ESP (120 202,42 EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: Unterschiedlich

Laufzeit: 2000

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 25.1.2001

Mitgliedstaat: Irland

Beihilfe Nr.: N 461A/2000

Titel: Beihilfe zur Ergänzung regionaler operationeller Programme (Regelungen 1—4 und 6—10)

Zielsetzung: Regelungen 1, 2, 3, 6 und 7: Beihilfen für Investitionen in die Verbesserung des Tierschutzes, die Tierkörperbeseitigung, den ökologischen Landbau, den Gartenbau und die Lagerhaltung von Getreide in landwirtschaftlichen Betrieben

Regelungen 4 und 8: Beihilfen für die Viehhaltung

Regelungen 9 und 10: technische Hilfe und Aufbau eines Netzes von Betriebsvertretungsdiensten

Rechtsgrundlage: Keine gesetzliche Regelung, Durchführung erfolgt über eine Verwaltungsvorschrift

Haushaltsmittel: Insgesamt 131 Mio. EUR (103,45 Mio. IEP) für die Gesamtlaufzeit der Regelung

Beihilfeintensität oder -höhe: Direktbeihilfen mit — je nach Bereich und Gegenstand — unterschiedlichen Beihilfesätzen

Laufzeit: 2000—2006

Andere Angaben: Die meisten Regelungen ersetzen frühere Regelungen, die im Rahmen der operationellen Programme des Zeitraums 1994—1999 von der EU kofinanziert wurden

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 21.12.2000

Mitgliedstaat: Niederlande

Beihilfe Nr.: N 700/2000

Titel: Tierseuchenbekämpfung

Zielsetzung: Bekämpfung von Tierseuchen

Rechtsgrundlage: Gezondheids- en welzijnswet voor dieren

Haushaltsmittel: Tierseuchenabhängig, Höchstbetrag abhängig von Garantiesetzungen der jeweiligen Productschappen:

— max. 500 000 000 NLG zur Bekämpfung ansteckender Schweinekrankheiten (Productschap für Vieh und Fleisch)

— max. 500 000 000 NLG zur Bekämpfung ansteckender Rinderkrankheiten (Productschap für Milcherzeugnisse)

— max. 25 000 000 NLG zur Bekämpfung ansteckender Geflügelkrankheiten (Productschap für Geflügel und Eier)

— max. 5 000 000 NLG zur Bekämpfung von Schaf- und Ziegenkrankheiten (Productschap für Vieh und Fleisch)

Beihilfeintensität oder -höhe: Bis 100 %

Laufzeit: Bis 1.1.2010

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 21.12.2000

Mitgliedstaat: Vereinigtes Königreich

Beihilfe Nr.: N 703/2000

Titel: Agrarmonetäre Beihilfe mit Wirkung zum 1. Juli und 1. August 2000 — Änderung der Beihilfe N 487/1999

Zielsetzung: Ausgleich der durch die Höherbewertung des Pfund Sterling verursachten Erzeugereinkommensverluste 2000

Rechtsgrundlage: Ministerialerlass, Ratsverordnung (EG) Nr. 2799/98 und Kommissionsverordnungen (EG) Nr. 2808/98, Nr. 1577/2000, Nr. 1612/2000, Nr. 2098/2000 und Nr. 2293/2000

Haushaltsmittel: 2000: 54 401 853 EUR; Gemeinschaftsbeteiligung: 50 %

Beihilfeintensität oder -höhe: Je nach den beihilfefähigen Anbauflächen unterschiedlich

Laufzeit: 1 Jahr

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 21.12.2000

Mitgliedstaat: Deutschland

Beihilfe Nr.: N 727/2000

Titel: Billigkeitsleistungen für bestimmte Speisekartoffelexporte nach Rumänien

Zielsetzung: Ausgleich für Landwirte in der früheren DDR, die im Herbst 1990 Speisekartoffeln nach Rumänien exportiert haben und deren Lieferungen nicht bezahlt wurden

Rechtsgrundlage: Richtlinien für die Gewährung von Billigkeitsleistungen für bestimmte Speisekartoffelexporte nach Rumänien im Herbst 1990 bei widersprüchlichen Grenzübertrittsdaten

Haushaltsmittel: 1,5 Mio. DEM

Beihilfeintensität oder -höhe: Bis 100 %

Laufzeit: Einmalige Maßnahme

Andere Angaben: Da für die im Anhang des Vertrags genannten Kartoffeln keine gemeinsame Marktorganisation vorgesehen ist, richtet sich die Kommission gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 26/62 nach dem Verfahren gemäß Artikel 88 Absätze 1 und 3 erster Satz des Vertrags. Sie kann sich deshalb nur zur Vereinbarkeit der Maßnahme mit dem Gemeinschaftsrecht äußern. Da es sich im vorliegenden Fall offenbar um eine Betriebsbeihilfe handelt, empfiehlt sie Deutschland, die vorgeschlagene Maßnahme nicht in der vorgesehenen Fassung anzuwenden

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 30.1.2001

Mitgliedstaat: Deutschland

Beihilfe Nr.: N 761/2000

Titel: Investitionen in den Agrarsektor

Zielsetzung: Förderung der Entwicklung des Sektors durch Investitionsförderung

Rechtsgrundlage: Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstrukturen in Deutschland nach dem Rahmenplan 2000—2003 der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“:

— Kapitel Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)

Haushaltsmittel: 2 800 Mio. DEM jährlich (Gesamtprogramm, aus nationalen und gemeinschaftlichen Mitteln finanziert)

Beihilfeintensität oder -höhe: Höchstens 40 %

Laufzeit: Unbefristet

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

(2001/C 71/07)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Datum der Annahme des Beschlusses: 24.10.2000

Mitgliedstaat: Spanien (Melilla)

Beihilfe Nr.: N 401/2000

Titel: Beihilfen für die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in der Stadt Melilla

Zielsetzung: Regionalentwicklung und Förderung der KMU

Rechtsgrundlage: Reglamento de la Ciudad Autónoma de Melilla

Haushaltsmittel: 863,637 Mio. ESP (± 5,19 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: Höchstens 40 % NSÄ, zuzüglich 15 % brutto für kleine und mittlere Unternehmen

Laufzeit: Bis Ende 2006

Andere Angaben: N 197/94

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 15.11.2000

Mitgliedstaat: Italien (Provinz Bozen)

Beihilfe Nr.: N 755/1999

Titel: Regelung zur Förderung des kombinierten Verkehrs in der Provinz

Zielsetzung: Förderung des kombinierten Verkehrs zwecks Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene

Rechtsgrundlage: Articolo 1 della L.P. 8/98 «Modifiche alla L.P. 37/74 “Spese e contributi per studi e progetti per lo sviluppo ed il miglioramento delle comunicazioni e dei trasporti nel territorio della provincia di Bolzano”»

Haushaltsmittel: 500 000 EUR

Beihilfeintensität oder -höhe: 30 % der förderfähigen Gesamtkosten für Umschlagseinrichtungen und Kommunikationssysteme, 50 % der förderfähigen Gesamtkosten für Durchführbarkeitsstudien, Schulungsmaßnahmen und den Bau von Terminals für den kombinierten Verkehr

Laufzeit: Bis 31. Dezember 2001

Andere Angaben: Die Beihilfe unterliegt den Bedingungen des italienischen Gesetzes Nr. 454/97 in der von der Kommission akzeptierten Form

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 29.11.2000

Mitgliedstaat: Italien

Beihilfe Nr.: N 433/2000

Titel: Beihilfen für Schutzmaßnahmen bei Naturkatastrophen — Aosta-Tal

Zielsetzung: Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind (Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe b) des Vertrags); die Regelung hat vorbeugenden Charakter, da Maßnahmen geplant sind, die derartigen Katastrophen vorgreifen sollen

Rechtsgrundlage: Deliberazione della giunta regionale della Valle d'Aosta n. 1114 del 10 aprile 2000 sul disegno di legge regionale concernente «Organizzazione delle attività regionali di protezione civile»

Beihilfeintensität oder -höhe: Höchstens bis zum nicht versicherten Teil

Laufzeit: Bis 31.12.2005

Andere Angaben: Jahresbericht

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 29.11.2000

Mitgliedstaat: Spanien (Region Valencia)

Beihilfe Nr.: N 676/2000

Titel: Erdgasversorgungsplan für kleine und mittlere Städte — Valencia

Zielsetzung: Ausweitung des Erdgasversorgungsnetzes in der Region Valencia

Rechtsgrundlage: Convenio de colaboración entre la Consejería de Industria y Comercio y Repsol Butano SA

Haushaltsmittel: 1 550 Mio. ESP (9,32 Mio. EUR)

Beihilfeintensität oder -höhe: 34,63 %

Laufzeit: 2000 bis 2006

Andere Angaben: Jahresbericht

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 13.12.2000

Mitgliedstaat: Niederlande

Beihilfe Nr.: N 654/2000

Titel: Heraufsetzung des Haushalts für die Beihilferegulierung zugunsten der Energieversorgung gemeinnütziger und besonderer Sektoren

Zielsetzung: Förderung energiesparender Einrichtungen in diesen Sektoren, die keinen Anspruch auf die Energiesteuerermäßigung haben

Rechtsgrundlage: Ministerieel besluit

Haushaltsmittel: Rd. 21 Mio. EUR jährlich

Beihilfeintensität oder -höhe: Zwischen 14,5 und 18,5 %, für Windkraftwerke höchstens 20 %

Laufzeit: Unbegrenzt

Andere Angaben: Die Regelung (N 65/98) wurde von der Kommission 1999 genehmigt. Im Januar 2000 wurde eine Haushaltserhöhung bis zu 16 Mio. EUR genehmigt (N 663/99)

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 18.12.2000

Mitgliedstaat: Spanien

Beihilfe Nr.: N 587/2000

Titel: Korrekturmaßnahmen im Bereich der Umweltverschmutzung — La Rioja

Zielsetzung: Umweltschutz sowie Forschung und Entwicklung

Rechtsgrundlage: Bases reguladoras del programa «promoción de medidas correctoras de la contaminación»

Haushaltsmittel: 200 Mio. ESP (1,2 Mio. EUR) für 2000

Beihilfeintensität oder -höhe:

- 15 % zwecks Anpassung an die geltenden Normen
- 30 % bei Überschreitung der geltenden Normen zuzüglich 10 % für KMU
- in den Fördergebieten die Regionalhöchstgrenze zuzüglich 10 % für KMU
- 50 % für industrielle Forschungsvorhaben und 25 % für vorwettbewerbliche Entwicklungstätigkeiten

Zuzüglich 10 % für KMU und 5 % für Fördergebiete nach Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c)

Laufzeit: 2000—2006

Andere Angaben: Jahresbericht; Vorgeschichte: N 62/97

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 21.12.2000

Mitgliedstaat: Italien (Provinz Bozen, Südtirol)

Beihilfe Nr.: N 508/1999

Titel: Umsetzungskriterien für die im Provinzgesetz Nr. 4 vom 13. Februar 1997 vorgesehenen Anreize für den Verkehr

Zielsetzung: Förderung umweltfreundlicherer Kraftfahrzeuge und des kombinierten Verkehrs

Rechtsgrundlage: «Interventi della Provincia autonoma di Bolzano — Alto Adige per il sostegno dell'economia — criteri per l'applicazione nel settore del trasporto»

Haushaltsmittel: 4 Mio. EUR jährlich

Beihilfeintensität oder -höhe:

- 40 % der Mehrkosten für den Kauf von umweltfreundlicheren Kraftfahrzeugen
- 25 % der Kosten für die Umrüstung existierender Kraftfahrzeuge zur Erfüllung strengerer Umweltstandards
- 30 % der förderfähigen Gesamtkosten für Umschlagseinrichtungen und Kommunikationssysteme im kombinierten Verkehr
- 40 % der Differenz zwischen den Investitionskosten für Ladeeinheiten des kombinierten Verkehrs und den Kosten für vergleichbare Ausrüstung im Straßenverkehr

— 50 % der förderungswürdigen Gesamtkosten für Durchführbarkeitsstudien und Personalschulungen im kombinierten Verkehr

— 35 % der Kosten für Qualitätszertifizierungen

— 15 % BSÄ für bedeutende Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Maschinen

Laufzeit: Unbestimmt

Andere Angaben: Wie von der Kommission festgestellt wurde, muss die Beihilfe mit dem italienischen Gesetz Nr. 454/97 im Einklang stehen. Die Beihilferegelung gilt nur für kleine und mittlere Unternehmen

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 21.12.2000

Mitgliedstaat: Italien (Region Piemont)

Beihilfe Nr.: N 815/A/1999

Titel: Investitionsfonds Piemont — Regionalgesetz Nr. 31 vom 6. Dezember 1999 über Verkehrsinfrastrukturen

Zielsetzung: Förderung von Infrastrukturen, die im Personen- und Güterverkehr zur Integration verschiedener Verkehrsträger beitragen; Förderung der Sicherheit im Straßenverkehr

Rechtsgrundlage: Legge regionale n. 31 del 6.12.1999

Haushaltsmittel: 14 462 800 EUR

Beihilfeintensität oder -höhe: Höchstens 20 % der insgesamt förderungswürdigen Investitionskosten für Terminals des kombinierten Verkehrs. Infrastrukturmaßnahmen für Flughäfen und den Straßenverkehr können nicht gefördert werden

Laufzeit: 1 Jahr (2000)

Andere Angaben: Wie von der Kommission festgestellt wurde (Rechtssache C 21/98), muss die Beihilfe mit dem italienischen Gesetz Nr. 454/97 im Einklang stehen

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der/den verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://europa.eu.int/comm/sg/sgb/state_aids

Dritte Änderung der Mittelfristigen Leitlinien für das FTE-Programm Stahl der EGKS-Forschungs-, Pilot- und Demonstrationsvorhaben (1996—2002)

(2001/C 71/08)

Die „Mittelfristigen Leitlinien für das FTE-Programm Stahl der EGKS-Forschungs-, Pilot- und Demonstrationsvorhaben (1996—2002)“, die von der Kommission am 3. November 1995 erlassen ⁽¹⁾, und am 26. November 1996 ⁽²⁾ und 16. Oktober 1998 ⁽³⁾ geändert wurden, werden wie folgt geändert:

In Abschnitt 5 „Teilnahme“ erhält Absatz 5 folgende Fassung:

„Anträge, die aufgrund der für den Haushalt 2002 relevanten Aufforderung gestellt werden, müssen bis zum 15. Juni 2001 bei der Kommission eingehen.“

⁽¹⁾ ABl. C 294 vom 9.11.1995, S. 4.

⁽²⁾ ABl. C 373 vom 10.12.1996, S. 6.

⁽³⁾ ABl. C 326 vom 24.10.1998, S. 2.

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.2345 — Deutsche BP/Erdölchemie)**

(2001/C 71/09)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 23. Februar 2001 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Deutsche BP AG, das von BP Amoco plc kontrolliert wird, erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung die Kontrolle über die Gesamtheit des Unternehmen Erdölchemie GmbH durch Kauf von Anteilsrechten.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— BP: Öl- und Gasförderung, Ölverarbeitung, petrochemische Erzeugnisse;

— Erdölchemie: petrochemische Erzeugnisse.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können durch Telefax (Fax (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.2345 — Deutsche BP/Erdölchemie, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
Rue Joseph II/Jozef II-straat 70,
B-1000 Brüssel.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**(Sache COMP/M.2240 — CVC/Mascotech)**

(2001/C 71/10)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 19. Februar 2001 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Citicorp Venture Capital Ltd (CVC), das der Unternehmensgruppe Citigroup Inc. („Citigroup“) angehört, erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung durch Aktienkauf die Kontrolle über die Gesamtheit der Unternehmen MSX International Inc. („MSX“) und Delco Remy International Inc. („Delco Remy“).

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Citigroup: Finanzdienstleistungen;
- MSX: technische Beratung, Personalberatung und konzeptionelle Dienstleistungen vor allem für die Automobilindustrie;
- Delco Remy: elektronische Bauteile sowie Batterien für Kfz einschließlich Schwerlastfahrzeuge.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können durch Telefax (Fax (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.2240 — CVC/Mascotech, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
Rue Joseph II/Jozef II-straat 70,
B-1000 Brüssel.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.2339 — Conforama Holding SA/Salzam Mercatone Holding)

Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall

(2001/C 71/11)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 26. Februar 2001 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Conforama Holding SA (Conforama) (Frankreich), das von Pinault-Printemps-Redoute (PPR) (Frankreich) kontrolliert wird, erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung die Kontrolle über die Gesamtheit von dem Unternehmen Salzam Mercatone Holding (SMH) (Italien) durch Aktienkauf.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Conforama: Hausausstattung (Einzelhandel);

— PPR: Einzelhandel (Kaufhäuser, Hausausstattung, Versandhandel, kulturelle und technische Güter), Großhandel, Vertrieb von Luxusgütern;

— SMH: Einzelhandel (Haushaltsartikel, Elektrohaushaltsgeräte, Kleidung, Lebensmittel).

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor. Aufgrund der Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽³⁾ ist anzumerken, dass dieser Fall für eine Behandlung nach dem Verfahren, das in der Mitteilung dargelegt wird, in Frage kommt.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Fax (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.2339 — Conforama Holding SA/Salzam Mercatone Holding, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
Rue Joseph II/Jozef II-straat 70,
B-1000 Brüssel.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

⁽³⁾ ABl. C 217 vom 29.7.2000, S. 32.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**(Sache COMP/M.2283 — Schneider/Legrand)**

(2001/C 71/12)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 19. Februar 2001 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Schneider (Frankreich) erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung die Kontrolle über die Gesamtheit des Unternehmens Legrand durch ein öffentliches Übernahmeangebot.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Schneider: Hauptniederspannungsanlagen, Verteilungsschaltanlagen, vorgefertigte Schienensysteme, Kabelkanäle, Installations-Kleinverteiler, Installationssysteme (Schalter und Steckdosen, Installationskanal-Systeme).

— Legrand: Verteilungsschaltanlagen, vorgefertigte Schienensysteme, Kabelkanäle, Installations-Kleinverteiler, Installationssysteme (Schalter und Steckdosen, Installationskanal-Systeme).

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Fax (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.2283 — Schneider/Legrand, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
Rue Joseph II/Jozef II-straat 70,
B-1000 Brüssel.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.2227 — Goldman Sachs/Messer Griesheim)

(2001/C 71/13)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 19. Februar 2001 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das US-amerikanische Unternehmen The Goldman Sachs Group, Inc., („Goldman Sachs“) erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung die Kontrolle über die Gesamtheit des deutschen Unternehmens Messer Griesheim GmbH („MGG“) durch Kauf von Anteilsrechten.
2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - Goldman Sachs: Investment Bank;
 - Messer Griesheim: Herstellung und Vertrieb von Industrie- und Spezialgasen.
3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor.
4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Fax (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.2227 — Goldman Sachs/Messer Griesheim, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
Rue Joseph II/Jozef II-straat 70,
B-1000 Brüssel.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**(Sache COMP/M.2348 — Outokumpu/Norzink)**

(2001/C 71/14)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 26. Februar 2001 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das finnische Unternehmen Outokumpu Oyj („Outokumpu“) erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung durch Aktienkauf die Kontrolle über die Gesamtheit an dem norwegischen Unternehmen Norzink AS („Norzink“), das der Rio Tinto Investments Ltd („Rio Tinto“) und der Boliden Mineral AB angehört.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Outokumpu: Outokumpu ist ein vornehmlich in der Herstellung von Metallen tätiger diversifizierter Konzern; in der Tochtergesellschaft Outokumpu Zinc BV ist das gesamte Zinkgeschäft des Konzerns zusammengefasst;

— Norzink: betreibt ein Zinkwerk.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Fax (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.2348 — Outokumpu/Norzink, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
Rue Joseph II/Jozef II-straat 70,
B-1000 Brüssel.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache COMP/M.2101 — General Mills/Pillsbury/Diageo)**

(2001/C 71/15)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Am 13. Oktober 2000 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern als für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich

- auf Papier bei den Verkaufsstellen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (siehe letzte Umschlagseite);
- in Elektronikformat über die „CEN“-Version der CELEX-Datenbank unter der Dokumentennummer 300M2101. CELEX ist das EDV-gestützte Dokumentationssystem für Gemeinschaftsrecht.

Für mehr Informationen über CELEX-Abonnements wenden Sie sich bitte an folgende Stelle:

EUR-OP
Information, Marketing and Public Relations (OP/A/4-B)
2, rue Mercier
L-2985 Luxemburg
Tel.: (+352) 29 29-4 24 55, Fax: (+352) 29 29-4 27 63.

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache COMP/M.1874 — Lafarge/Blue Circle)**

(2001/C 71/16)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Am 7. April 2000 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern als für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich

- auf Papier bei den Verkaufsstellen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (siehe letzte Umschlagseite);
- in Elektronikformat über die „CEN“-Version der CELEX-Datenbank unter der Dokumentennummer 300M1874. CELEX ist das EDV-gestützte Dokumentationssystem für Gemeinschaftsrecht.

Für mehr Informationen über CELEX-Abonnements wenden Sie sich bitte an folgende Stelle:

EUR-OP
Information, Marketing and Public Relations (OP/A/4-B)
2, rue Mercier
L-2985 Luxemburg
Tel.: (+352) 29 29-4 24 55, Fax: (+352) 29 29-4 27 63.
